

Interventionen in Sexual- und Gender-Ordnungen im urbanen öffentlichen Raum Warschaus mithilfe von Objekten

Konsens, Dissens und die Herstellung von Präsenz

Das Hauptthema dieses Buches sind strittige Gender-Ordnungen sowie sich auf Gender-Ordnungen beziehende raumkonstituierende Handlungen. Vorstellungen von Gender-Ordnungen hängen mit der Normierung von Sexualbeziehungen zusammen. Dies zeigt sich an Konflikten um die *Präsenz* von nicht heterosexuellen Beziehungen und Homosexualität/LGBTQ* als Teil eines *Gemeinsamen* und dessen räumlicher Dimension. In Polen unterstützen sich feministische und LGBTQ*-Akteur_innen und Bewegungen gegenseitig, da Fragen nach den Rechten von Frauen und von LGBTQ* eng miteinander verwoben sind. Die Problematik der Gender-Ordnung betrifft auch Fragen der Regulierung von menschlichen Lebens- und Sexualbeziehungen. Die Verwobenheit und Interdependenz von Sexualität und Gender zeigt sich in Polen darüber hinaus in der Sphäre der kulturellen Reproduktion von Gesellschaft und bei der Normierung *gemeinsamer* öffentlicher Räume sowie bei den Handlungen, die diese Räume konstituieren. Eine Analyse von Interventionen in Sexualordnungen erlaubt es, Unterschiede zu anderen Interventionen aufzuzeigen, die sich nicht primär auf Aspekte der Sexualordnung und ihre Verwobenheit mit einer Gender-Ordnung beziehen, wie bspw. die Interventionen, die die Aufteilung von privater Hausarbeit und Erwerbsarbeit anfechten.

An Beispielen von räumlichen Interventionen in Sexual- und Gender-Ordnungen lässt sich der Prozess der Herstellung von *Präsenz* von zuvor Ausgeschlossenem beobachten, welcher zum Teil eines *Gemeinsamen* wird. Thematisiert wird darin, wie Interventionen Praktiken der räumlichen Reproduktion von Geschlechter- und Sexualordnungen in Frage stellen und Situationen des *Dissenses* hervorrufen. Der dabei verwendete Begriff der *Präsenz* bezieht sich auf den räumlich-sinnlichen Charakter gesellschaftlicher Ordnungen. In diesen Ordnungen sind Existenzen, die als sinnliche Formationen selbstverständlich und als Teil des *Gemeinsamen* fungieren, *präsent*, während anderen Formen das Recht auf *Präsenz* als Teil einer sinnlichen Ordnung verwehrt bleibt. Das *Gemeinsame* im Sinne Rancières ist ein neutraler Begriff,

der sich von Konzepten des *Gemeinsamen* als politisches Projekt (z.B. Werdendes Gemeinsames, *Communitas* u. ä.), die als Alternative zum Begriff des Öffentlichen und neuer Gegenbegriff zum Privaten formuliert werden (vgl. z.B. Revel 2011: 27–37; Negri 2011: 38–50), unterscheidet.

Die untersuchten Formen der Konstituierung des *Gemeinsamen* ist der »öffentliche« Raum der Stadt. Laut Löw zeichnet sich der städtische Raum durch Formen heterogener Verdichtung aus, in der sich Körper anders bewegen als bspw. in ländlichen Gebieten, da spezifische Eigenlogiken und gemeinsame Routinen wirksam sind (Löw 2012: 240). Tagtäglich stattfindende räumliche Prozesse strukturieren sich einerseits durch ungeschriebene gesellschaftliche Verhaltensmuster und Normen und sind in Institutionen verankert, andererseits unterliegen sie staatlich-administrativen Regulierungen.¹

»Öffentliche Räume« werden von mir als eine Raumordnung verstanden, die wiederum Ausdruck einer Aufteilung des Sinnlichen ist. Die Unterscheidung zwischen öffentlichen und privaten Räumen hat weitgehende politische und soziale Folgen. Gesellschaftliche Normen und staatliche Regulierungen legen die Differenzierung fest. Bojana Cvejic und Ana Vujanovic (2012) definieren das Öffentliche als Anliegen und Güter, die eine Gesellschaft als Ganzes oder alle ihre Mitglieder betreffen.² In Anlehnung an sie wird mit dem Begriff des öffentlichen urbanen Raums, auf dessen (Re-)Produktionsprozesse die untersuchten Interventionen einwirken, auch als eine Form des *Gemeinsamen* verstanden, da dieser Raum zumindest in der Theorie allen zur Nutzung freisteht und alle auf diesen Raum angewiesen sind (z.B., um von einem privaten Ort zum nächsten zu gelangen). Bezeichnend für den »öffentlichen Raum«, in diesem Fall handelt es sich um gemeinsame Räume in Form von öffentlich zugänglichen Straßen, Plätzen usw., ist, dass Menschen sich dort meist nur vorübergehend aufhalten und darüber hinaus auf einen privaten Raum angewiesen sind. Der Zugang zum »öffentlichen« Raum sowie die Teilhabe an dessen Produktion scheint im Vergleich zu anderen Bereichen in der allgemeinen Wahrnehmung am wenigsten reglementiert zu sein, da er theoretisch gemeinsam, also für alle zugänglich ist.³ Im Rahmen der Reproduktion des »öffentlichen« Raums können

-
- 1 Beispiele für das Letztere sind Städteplanung, Vorschriften zum Straßenverkehr, oder auch rechtliche Normen, die menschliche Handlungen steuern oder begrenzen (z.B. durch Bestrafung sittenwidrigen Verhaltens in der Öffentlichkeit).
 - 2 Sie unterscheiden das Öffentliche und Private jedoch analog zum Öffentlichen und Ökonomischen (Privatisierten), deshalb übernehme ich die Definition nur teilweise, da diese Unterscheidung nicht auf die Kategorie des Besitzes reduziert werden kann (vgl. Cvejic/Vujanovic 2012: 22).
 - 3 Rechtlich betrachtet gehört dieser Raum aber zum Staatsterritorium und darf gemäß diesen Regeln, nur von denjenigen Menschen betreten werden, die ein rechtlich-legitimer Bestandteil der polnischen Gesellschaft sind (also z.B. über Aufenthaltsrecht oder Staatsbürgerschaft

also unterschiedliche Menschen interagieren und Repräsentant_innen von Gruppen aufeinandertreffen. Diese Menschen wiederum (re)produzieren den öffentlichen Raum (inklusive der Aufteilung zwischen öffentlich und privat) durch ihr gewöhnliches und alltägliches Handeln sowie durch die Befolgung geschriebener und ungeschriebener Normen, die auch Interaktion regulieren und Menschen zueinander in ein Verhältnis setzen. In welchem Ausmaß diese tagtäglichen Handlungen Normierungen unterliegen und welche Normen genau diese Abläufe begründen, ist Menschen, die an diesen Prozessen teilnehmen, nicht unbedingt bewusst. Häufig zeigt erst die Unterbrechung dieser Abläufe oder eine Abweichung von vorgesehenen Handlungen, dass die möglichen Handlungsabläufe und möglichen Raumkonstitutionen keineswegs beliebig sind und bestimmten Regeln folgen, bzw. begrenzt werden, sobald sie diesen Regeln nicht folgen.

Die Reproduktion des öffentlichen Raumes gründet auf einer relationalen Zugehörigkeitsordnung, die u.a. über Identitätskategorisierung hergestellt wird. Diese kategoriale Zuordnung und der Modus der Identifizierung regulieren mögliche Interaktionen und Relationierungen. Zudem wird die Zugehörigkeit bestimmter Gesellschaftsgruppen zu öffentlichen Räumen durch Ressourcen und Infrastrukturen, wie z.B. Gebäude und Denkmäler unterstützt. Was im öffentlichen Raum präsent sein darf, ist höchst umstritten. Die Frage nach der möglichen und legitimen *Präsenz* von nicht heterosexuellen Relationen und Praktiken ist gleichzeitig eine räumliche wie auch sinnliche Gestaltungsfrage. Die Wahrnehmung dessen bzw. Vorstellungen davon, wie sich die Gesellschaft in Polen zusammensetzt – also aus welchen »Identitäten«, welchen Menschen, mit welchem Begehrten –, geht mit einer sinnlichen Produktion von Raum einher.

Die soziale Kampagne »Sollen sie uns doch sehen« (»Niech nas zobaczq«) im Jahr 2003 mit Fotos von Karolina Breguła und die Installation von Julita Wójcik im Jahr 2015 mit dem Titel »Regenbogen« (»Tęcza«) sowie die Kampagne mit dem Titel »Lasst uns das Friedenszeichen austauschen« (»Wymieńmy znak pokoju«) aus dem Jahr 2016 stellen allesamt sinnlich-räumliche Interventionen in Form der Platzierung von Objekten wie Werbetafeln oder Kunstinstallationen im urbanen Raum dar. Diese Interventionen und die durch sie ausgelösten Auseinandersetzungen haben die Frage aufgeworfen, ob gleichgeschlechtliche Beziehungen in der polnischen Gesellschaft akzeptiert sind oder nicht. Allen behandelten Fallbeispielen ist gemeinsam, dass sie in die Raumordnungen des urbanen Warschauer Zentrums intervenieren, wobei sie sich ästhetischer Strategien und Mittel der Kunst bedienen. Die dargestellten Interventionen stellen einen repetitiv hervorgebrachten konsensualen Alltag in Frage, indem sie parallele alternative Ordnungslogiken anwenden und/oder Brüche in den naturalisierten sinnlichen Ordnungen vollziehen.

verfügen) bzw. vorübergehend Teil eines gemeinsamen öffentlichen Raumes sind (z.B. Touristen).

Nach Rancière existiert Politik, »wenn die natürliche Herrschaft der Ordnung« durch die »Einrichtung eines Anteils der Anteilslosen« unterbrochen wird, und eine Intervention in das »Sichtbare und Sagbare« erfolgt (vgl. Rancière 2002: 24, 9). Dabei hat er Unterbrechungen der vermeintlich natürlichen Herrschaft einer sinnlichen Ordnung im Sinn. Unter sinnlicher Ordnung versteht er die Aufteilung von Räumen, Zeiten und Identitäten, die als sinnliche Evidenzen innerhalb der gesellschaftlichen Wahrnehmung funktionieren.

Unterbrechungen einer verstetigten Ordnung können, wie die untersuchten Beispiele zeigen werden, durch vorübergehende Interventionen und den *Konsens* gegenläufiger Handlungen sowie durch kurzzeitige Änderungen von (An-)Ordnungen zustande kommen. Unterbrechungen bieten Raum für eine andere Logik der Aufteilung des Sinnlichen. In Anlehnung an Löws soziologische Überlegungen und ihr Konzept der Gegenräume (vgl. Löw 2001: 186) liegt den Analysen die Annahme zugrunde, dass Menschen durch bewusste Abweichungen im Handeln neue räumliche Formationen gezielt herstellen. Sie können Räume durch die Platzierung von Objekten mitgestalten.⁴ Diese Objekte werden in Beziehung zu Menschen und anderen Objekten gesetzt und/oder in gemeinsame Räume zusammengefasst (vgl. Löw 2001: 263), wie das Beispiel der Installation »Regenbogen« von Wójcik zeigt.

Die Intervention in einen heterosexuellen Konsens am Beispiel der sozialen Kampagne und Fotoserie »Sollen sie uns doch sehen« (2003) und der Kampagne »Lasst uns den Friedensgruß austauschen« (2016)

Plakate der Galerie AMS (*Galeria Zewnętrzna AMS – Art Marketing Syndicate*), dem größten polnischen Outdoor-Werbeflächenanbieter, die künstlerische Stellungnahmen zu sozialen Themen auf großen städtischen Plakatwänden zeigten, verursachten in den 1990er Jahren großes Aufsehen. Der Grund dafür war, dass die Galerie AMS mithilfe ihrer Plakate Darstellungen von Existenzweisen in den städtischen Raum plazierte, die in der Öffentlichkeit bisher kaum oder gar nicht sichtbar waren. Die darauffolgenden Kontroversen offenbarten deutlich, dass ein Teil der Bevölkerung in Polen eine Sichtbarkeit und *Präsenz* als Teil des Gemeinsamen verweigerte.

Auch um die 2003 gestartete Kampagne »Sollen sie uns doch sehen« (*Niech nas zobacz*), die auf den Werbeflächen der Outdoor-Werbefirma AMS gezeigt werden sollte, gab es scharfe Auseinandersetzungen und Proteste, an denen sich katholische rechts-konservative und rechtsextreme Milieus beteiligten, darunter die Allpolnische Jugend (*Młodzież Wszechpolska*) und die Parteien Recht und Gerechtigkeit (*Prawo*

4 Zum Thema der Raumgestaltung und Politik ist auch geographische Forschung interessant (z.B. Leitner/Sheppard/Kristin 2008).

i Sprawiedliwość) und Liga der Polnischen Familien (*Liga Polskich Rodzin*). Die soziale Kampagne initiierte die Nichtregierungsorganisation Kampagne gegen Homophobie (*Kampania przeciw Homofobii – KPH*), die unter der Schirmherrschaft der Regierungsbeauftragten für Gleichstellung von Männern und Frauen organisiert und vom polnischen Ministerrat, der niederländischen und der schwedischen Botschaft finanziert wurde.⁵

Karolina Bregułas Fotografien, die im Rahmen der Kampagne auf städtischen Plakatwänden und in einer Ausstellung präsentiert werden sollten, stellen gleichgeschlechtliche Paare dar (Abbildung 1). Diese sind mit polnisch klingenden Vornamen wie Ania und Ewa, Tomek und Paweł betitelt. Die dargestellten Männer und Frauen, meist junge Erwachsene, sind unauffällig gekleidet und vermitteln den Eindruck, als gehörten sie zu einer urbanen Mittelschicht.

Abbildung 1: Zwei Fotos aus der Serie »Sollen sie uns doch sehen«.



Quelle: Screenshot von Fotos von Karolina Breguła aus der Kampagne »Niech nas zobaczą« (2003) aus einem Beitrag des Magazins Replika Nr 72/3-4 (2018), <https://replika-online.pl/tag/niech-nas-zobacza/>

5 Der polnische Name war: *Pełnomocniczka ds. Równego Statusu Kobiet i Mężczyzn* (Regierungsbeauftragte für die Gleichstellung von Männern und Frauen). Die Funktion hatte zu dem Zeitpunkt Izabela Jaruga-Nowacka inne (vgl. KPH k.D.; Szypuła 2003).

Die Outdoor-Werbefirmen AMS und später *Cityboard Media* sollten die Plakate in Kunstgalerien sowie auf 500 Leuchttafeln in den Städten Warszawa, Kraków, Gdańsk und Sosnowiec zeigen. Beide Werbefirmen und auch die Ausstellungsorte gerieten jedoch unter enormen Druck seitens rechter und katholischer Akteur_innen. Die Allpolnische Jugend sowie Abgeordnete der Partei Liga der Polnischen Familien kündigten Proteste an. Anna Gruszczyńska, eine Aktivistin der Krakauer Abteilung der Kampagne gegen Homophobie, berichtete, Mitglieder der Partei *Liga der Polnischen Familien* hätten dem Verband Polnischer Bildender Künstler (*Związek Polskich Artystów Plastyków – ZPAP*) in Krakau gedroht, eine Kündigung der Vereinsräume herbeizuführen, wenn sie die Ausstellung in ihren Räumen zeigten (Gruszczyńska 2003: 35–36).⁶ Die Vertreter der Parteien schrieben unter anderem eine Anfrage an den Präsidenten der Stadt, Jacek Majchrowski, ob er denn die geplanten Plakatwände auf den Werbeflächen der Firma AMS erlauben werde (ebd.). Außerdem reichte ein LPR-Abgeordneter im April 2003 beim damaligen Premierminister Leszek Miller eine Interpellation gegen eine »staatliche Finanzierung von Programmen zur Förderung von Homosexualität« ein.⁷ Der endgültige Vertrag für die Nutzung der AMS-Werbeflächen kam schließlich nicht zustande, weshalb die Kampagne gegen Homophobie im März 2003 einen Vertrag mit der Firma *Cityboard Media* unterschrieb. Dieser beinhaltete jedoch lediglich die Installation von 5 Plakatwänden. In einer Aprilnacht zerstörten daraufhin Unbekannte diese wenigen Plakate mit Farbanschlägen. Auch die Ausstellung selbst verlief nicht nach Plan. Der Verband Polnischer Bildender Künstler (*Związek Polskich Artystów Plastyków – ZPAP*), kündigte den Vertrag zur Ausstellung der Fotoserie in der Galerie ZPAP *Sukiennice*. Daraufhin erklärte sich *Burzym & Wolff*, eine Privatgalerie in Kraków bereit, die Fotoausstellung im April 2003 zu zeigen, was dann auch tatsächlich passierte.⁸

Die hier beschriebenen Vorfälle waren nur der Anfang einer ganzen Ereignisreihe rund um die Kampagne gegen Homophobie, die ursprünglich nicht nur für Krakau, sondern auch in anderen Städten geplant war. Am Ende gelang es der Kampagne und der Fotografin Karolina Breguła, die Ausstellung in einigen Städten zu

6 Auf welcher Grundlage, diese Drohung formuliert wurde (ob es sich also z.B. um Räume handelte, die der Stadt gehörten), geht aus den Presseberichten und der Literatur zum Thema nicht hervor.

7 Einer der LPR-Abgeordneten aus Kraków bezeichnete die Ausstellung als »Förderung von Perversion und Verderbtheit« (vgl. Queer.pl 2003). Zu der Interpellation von Stanisław Papież beim Premierminister vgl. Robert Biedroń (2013: 70).

8 Als Konsequenz wurden laut u.a. Urbańczyk den Galerietreiber_innen ca. 2 Monate später, im Juni 2003, die Räumlichkeiten gekündigt (vgl. hierzu Urbańczyk 2010; sowie die als graue Literatur herausgegebene Broschüre »Rok niebezpiecznego życia: kronika krakowskiej homofobii«). Die Information über die Kündigung wird jedoch in anderen Quellen nicht bestätigt. Die rechtlichen Grundlagen für die Kündigung sind nicht bekannt.

zeigen. Fast jedes Mal ging die Präsentation der Fotos jedoch mit Kontroversen einher.⁹ Auch in den Mainstream-Medien wurde die Kampagne nicht unbedingt befürwortet, was Joanna Mizielińska anhand der Analyse von Presseartikeln rekonstruierte. Die Gegner_innen der Präsenz und/oder Sichtbarkeit nicht-heterosexueller Beziehungen beriefen sich in den journalistischen Artikeln demnach immer wieder auf »natürliche«, »ewige«, »universelle« und »allgemein-menschliche Werte« sowie »nationale Traditionen« (Mizielińska 2004: 113–135).¹⁰

Gemäß der Organisator_innen der sozialen Kampagne »Sollen sie uns doch sehen« stellten die fotografierten Menschen, »normale« »polnische« Bürger dar, denen »man tagtäglich begegnet«. Die Menschen auf den Fotos sollten den Eindruck erwecken, sie würden einfach nur einen »Spaziergang« in der Sonne genießen (vgl. Szypuła 2003).

Auf den Plakatwänden sind auf der einen Hälfte jeweils zwei als Frauen gelesene Personen und auf der anderen Hälfte jeweils zwei als Männer gelesene Personen, also insgesamt vier Personen abgebildet. Dass es sich bei den Fotografierten um Paare handelt, ist nicht unbedingt ersichtlich. Einige halten sich allerdings an den Händen, was auf eine Paarbeziehung hindeutet. Auf die Möglichkeit einer Beziehung zwischen den dargestellten Personen verweist jedoch der Kontext der sie begleitenden Kampagne sowie der Name der verantwortlichen Organisation Kampagne gegen Homophobie (*Kampania przeciw Homofobii*). Zwischen den beiden Paarfotos mitten auf den Plakatwänden stand in großen Lettern »Sollen sie uns doch sehen« (*Niech nas zobacz*). Interpretationen der Fotografien gab es zudem durch die regen Diskussionen in den Medien und die Proteste gegen die Kampagne, wodurch ein zusätzlicher Kontext für die Lesart entstand und die Fotos eine Wirkung entfalteten, die weit über die fünf Plakatwände hinausging.

Es ist anzunehmen, dass die Fotos vor allem durch ihre Reproduktion in den Medien Bekanntheit erlangten. Nur wenige Menschen hatten die Fotografien jedoch tatsächlich auf Plakatwänden oder in Ausstellungen gesehen. So kämpften teilweise Akteur_innen gegen die Präsentation von Fotografien, die sie selbst noch nie zu Gesicht bekommen und von denen sie nur aus zweiter Hand erfahren hatten. Allein

9 Gezeigt wurde die Fotoausstellung unter anderen in Warszawa (Galerie ›Pałacyk‹), Kraków (Galerie Burzym & Wolf), Gdańsk (Galerie Łaznia), Sosnowiec (Galerie des Vereins »Cross Over«), Lublin (ACK UMCS »Chatka Żaka«), Ślubice (Collegium Polonicum) (vgl. Szypuła 2003).

10 Die Proteste gegen die Fotoausstellungen und die Outdoor-Werbetafelkampagne kamen auf, noch bevor diese überhaupt gezeigt wurden. Nicht alle also, die sich zu den Arbeiten äußerten oder gegen sie protestierten, hatten diese im Vorfeld gesehen. Woher die Kritiker_innen ihre Informationen über die geplante Kampagne erhalten hatten, ist nicht bekannt. Zu dem Zeitpunkt war der Begriff »Homophobie« vermutlich für eine breitere Bevölkerung noch nicht verständlich.

das Wissen über ihre mögliche *Präsenz* und Verbreitung z.B. in Form von Werbetafeln oder auf Ausstellungen waren Grund genug für ihren Protest. Ihr Anliegen war demnach, die *Präsenz* nicht-heterosexueller Relationen als Teil einer gemeinsamen öffentlichen Raumproduktion zu verhindern.

Obwohl die Fotografien auf den Plakatwänden in ihrer Darstellungsweise sehr unspektakulär sind und die abgebildeten Personen auf den/die Betrachter_in fast langweilig wirken, stellte das Wissen über die Ausstellung der Fotografien sowie die Plakatwände für manche eine unfassbare Provokation dar (Abbildung 2).

Abbildung 2: Eine Plakatwand der Kampanie »Sollen sie uns doch sehen«, die mit Farbbomben beworfen wurde.



Quelle: Screenshot eines Beitrages im Webportal der Zeitschrift Kurier Lubelski v. 2011, <https://kurierlubelski.pl/transeuropa-prawa-kobiet-i-mniejszosci-seksualnych/ar/398798>

Sie führten zu heftigen Auseinandersetzungen, da sie einen Bruch mit einer normativen Ordnung der Sichtbarkeit sowie einer weitgehend naturalisierten und konsensuellen Ordnung des Sinnlichen im Sinne Rancierès darstellten. In der naturalisierten Ordnung von Heterosexualität werden gleichgeschlechtliche Paarbeziehungen weder als Teil eines Gemeinsamen mitgedacht, noch sind sie vorgesehen. Dies ist an den Reaktionen auf die Werbetafeln deutlich ablesbar.

Der politische Charakter der hier beschriebenen Intervention, die einen Bruch mit einem konsensuellen Sinnlichkeitssregime darstellte, resultiert aus dem spezifischen Kontext, in dem die Intervention stattfand. Zum Zeitpunkt der Kampagne lag die größte Schwierigkeit darin, die Problematik des gesellschaftlichen Ausschlusses von nicht-heterosexuell lebenden und liebenden Menschen überhaupt

thematisieren zu können. Lange Zeit schafften es solche Themen erst gar nicht auf die politische Agenda; geschweige denn, dass sie Thema parlamentarischer Auseinandersetzungen waren. Das bedeutet nicht, dass Homosexuelle Praktiken in Polen auf besondere Art und Weise strafrechtlich verfolgt worden wäre. Im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland und dem bis zum Jahr 1994 gültigem Paragrafen 175, verfügte Polen weder zur Zeit des Staatssozialismus noch danach über eine Gesetzgebung, nach der Homosexualität strafbar ist.¹¹ Lediglich in dem 2004 beschlossenen und EU-kompatiblen Arbeitsrecht gab es bis 2011 einen Gesetzesrestext in Polen, der homophobe Handlungen und Aussagen explizit unter Strafe stellte.¹² Nicht heterosexuell lebende Menschen waren im polnischen Recht bis 2011 folglich nicht vor Diskriminierung geschützt. Einen solchen Schutz gewährte das polnische Strafgesetzbuch nach Artikel 256 nur im Fall von ethnischer, nationaler, rassistischer und religionsbezogener Beleidigung.¹³ Es gab also im Jahr 2003 kein Gesetz, das nicht-heterosexuelle Lebensweisen oder Praktiken auf irgendeine Weise benennen würden.

Das Beispiel Polen zeigt, dass nicht nur rechtliche, sondern auch kulturelle Normen für die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen sehr bedeutend sind, die sich öffentlich (oder in kleineren gesellschaftlichen Zusammenhängen wie z.B. Freundschaftsnetzwerke, Familienzusammenhänge) zu einer nicht-heterosexuellen Orientierung bekennen bzw. solche Beziehungen praktizieren.

Der hohe Stellenwert der katholischen Kirche sowie der Einfluss katholischer Grundsätze und Moralpolitik (Mishtal 2015) prägte zudem die vorherrschenden kulturellen Normen und in politischen Umbruchszeiten maßgebend auch politischen Entscheidungsprozesse. Bis heute setzt sich die katholische Kirche aktiv gegen die Einführung von Rechten für nicht-heterosexuelle Menschen ein. So bezeichnete der Vatikan Homosexualität als »Anomalie«, »objektive Unordnung«, die »in moralischer Hinsicht« ein »Anlass zur Sorge« ist und eine Gefahr für Gesellschaft und

¹¹ Mit Blick auf die rechtliche Lage war Polen nach dem Krieg liberaler als z.B. Westdeutschland und viele andere europäischen Länder. Das Alter, ab dem heterosexuelle als auch homosexuelle sexuelle Kontakte erlaubt waren, lag ab dem Jahr 1932 bei 15 (die Zeit der deutschen Besatzung ausgeschlossen). 1988 fand angeblich sogar eine internationale schwul-lesbische osteuropäische Konferenz mit 60 Teilnehmenden in den Räumlichkeiten der kommunistischen Regierungspartei statt (siehe hierzu Tatchell 1992: 30, 33). Das bedeutet jedoch nicht, dass die Zuschreibung von Homosexualität kein Grund für Repressionen gewesen wäre (ein Beispiel ist die Aktion Hyazinth und die Verhaftung von hunderten schwulen Männern). Die komplexe Darstellung der ambivalenten Haltung des kommunistischen Staates gegenüber Schwulen und Lesben kann im Rahmen dieser Arbeit nicht geleistet werden.

¹² Sämtliche Versuche, Veränderungen hinsichtlich der Anerkennung von Rechten gleichgeschlechtlicher Partnerschaften auf der Ebene staatlicher Politik herbeizuführen, scheiterten bis dato.

¹³ Vgl. Strafgesetzbuch (*kodeks karny*), Abschnitt Straftaten gegen die öffentliche Ordnung, Artikel 256, Gesetz vom 6. Juni 1997, Artikel 256. (Kodeks karny 1997).

Familie darstellt. Homosexuelle Handlungen hingegen sind gemäß der Lehre des Vatikans eine »schlimme Abirrung« und »Sünde« (vgl. Kongregation für die Glaubenslehre 1992, 2012). Offizielle Stellungnahmen der katholischen Kirche in Polen lassen Ähnliches verlauten, wobei anzumerken ist, dass die Haltung einzelner Priester und Theolog_innen zu diesem Thema abweichen.

Die Haltung der Bevölkerung und Medien zum Thema Homosexualität unterlag im Laufe der Jahre nach dem politischen Systemwandel großen Veränderungen. Repräsentative Umfragen des Meinungsforschungsinstitutes CBOS für den Zeitraum von 2001 bis 2010 ergaben, dass die Toleranz der Gesamtbevölkerung Polens gegenüber Homosexualität deutlich anstieg. Trotzdem waren auch im Jahr 2010 nur 8 % der Befragten der Ansicht, das Homosexualität »normal« sei (CBOS 2010: 14). Insgesamt besagt die Studie des Meinungsforschungsinstitutes CBOS, dass 64 % der Befragten sich gegen das Demonstrationsrecht aussprach und ein ähnlicher Prozentsatz der Auffassung war, Schwule und Lesben sollten ihren Lebensstil nicht öffentlich zeigen (CBOS 2010: 16). Weitere 37 % waren sogar der Ansicht, dass sexuelle Praktiken zwischen Menschen gleichen Geschlechts verboten werden sollten (CBOS 2010: 11–12).

Diese Hintergründe erklären, weshalb sich so viele Initiativen (darunter die Kampagne gegen Homophobie) für die Anerkennung bzw. die Institutionalisierung der Präsenz von LGBTQ* als legitime Teile der Gesellschaft engagieren und sich dem kulturellen Aspekt der gesellschaftlichen Reproduktion beschäftigen. Und aus dem Grund waren zum Zeitpunkt der Forschung die ungeschriebenen Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens, die also nicht in den Gesetzestexten verankert sind, ein bedeutender Teil des LGBTQ*Aktivismus in Polen.

Für den Zeitraum, in dem die Werbekampagne »Sollen sie uns doch sehen« (*Niech nas zobaczą*) stattfand, galt in Polen weitgehend ein heterosexueller Konsens herrschte. Unter Konsens verstehe ich Rancières Totalität einer Ordnung, in der Identitäten, die als identifizierte Teile der Gemeinschaft gelten, eine Entsprechung in der sinnlichen Ordnung haben (Rancière 2002: 117). Es handelte sich um einen Zustand der weitgehenden Naturalisierung einer bestimmten Vorstellung von Gemeinschaft (verstanden als »polnische« Bevölkerung) und der sie konstituierenden Teile, die mit der Unterdrückung bzw. Negation von dem einhergeht, was dieser Vorstellung nicht entspricht. So äußerte sich der Mitbegründer der Kampagne gegen Homophobie Robert Biedroń, der in den Jahren 2001–2009 der Vorsitzende der Organisation war, in einem Presseinterview zu der Parade der Gleichheit im Jahr 2005:

Wir wollen eine Diskussion über die Präsenz von Schwulen und Lesben in der Gesellschaft auslösen. Wir wollen darüber sprechen, ob sie sich auf der Straße an den Händen halten dürfen, und ihre Orientierung zeigen, ohne Diskriminierung zu erfahren. Die Aggression, die homosexuelle Menschen begegnet, ist gewaltig.

[...] wir müssen uns immer noch verstecken (Zitat nach Szyller/Trybuna 2005 – Übers. J.R.).

Das Heterosexualität als selbstverständliche und allgegenwärtige, gesellschaftlich akzeptierte Lebensweise wahrgenommen wird, resultiert unter anderem aus heteronormativen Selbst-Darstellungen. Laut einer kleineren Studie der LGBTQ*-Organisationen Lambda Warszawa und Kampagne gegen Homophobie bekannten sich zwischen 2005 und 2006 ungefähr 80 % der befragten »homosexuellen« Menschen aus Gründen des Selbstschutzes entweder gar nicht oder nur in wenigen Fällen und in einem begrenzten Umfeld zu ihrer homosexuellen oder bisexuellen Lebensweise bzw. Orientierung (vgl. Abramowicz 2007: 22–23). Die Angst vor Gewalt, vor gesellschaftlichen Sanktionen und dem sozialen Ausschluss, erklärt, warum Heterosexualität auch von Menschen reproduziert, und zur Schau gestellt wird, die nicht heterosexuell leben bzw. nicht an heterosexuellen Lebens- und Liebesbeziehungen interessiert sind.

Ein Verweis auf eine solche Praxis der Darstellung von Heterosexualität ist die Aussage eines männlichen Paares, das im Jahr 2003 für die Fotoserie »Sollen sie uns doch sehen« Modell stand und statt der normativen Heterosexualität Homosexualität als Normalität darstellen sollte:

Nach dreißig Minuten anstrengenden Vortäuschens von Normalität, nehmen wir mit Erleichterung das Ende der Fotosession wahr. Jetzt können wir unsere sichere, öffentliche »Hetero«-Maske wieder aufsetzen (Urbańczyk, Anna 2010 – Übers. J.R.).

Auch Marta Abramowicz wies in ihrem Text, den sie für die Ausstellung Karolina Bregułas Fotoserie »Sollen sie uns doch sehen« verfasste, auf diese Problematik hin:

Jeder von uns träumt davon, einen Unsichtbarkeitsmantel zu besitzen. Stell dir vor, du ziehst ihn an und kannst ihn nicht mehr ausziehen. Du bleibst für immer unsichtbar. Wenn eine Frau eine Frau liebt, oder wenn ein Mann einen Mann liebt, dann möchte er/sie sich in Luft auflösen, durchsichtig werden, sich verstecken [...]. Es reicht zu lernen, versteckt zu leben (Abramowicz k.A. – Übers. J.R.).

Während als nicht-normativ geltende Menschen sich und alle vom Skript abweichende Praktiken unsichtbar machten, wurde die Heterosexualität der Gesamtbevölkerung in Polen als selbstverständlich und natürlich angenommen. »Normalität« musste gar nicht erst als Heterosexualität benannt werden.

Roman Kuhar nennt die Herstellung einer heterosexuellen »Normalität«, die allgegenwärtig ist und fast alle Lebensbereiche betrifft, als eine Praxis des heterosexuellen *Mimicry* im öffentlichen Raum (Kuhar 2011: 149, 155) *Mimicry* ist nach

Kuhar ein durch Heteronormativität bedingter Mechanismus der Selbstkontrolle und des Selbstschutzes in der Öffentlichkeit (ebd.). Um mit Rancière zu sprechen: Es wird ein heterosexueller Konsens vorgetäuscht und gleichzeitig bestätigt, so dass er weiterhin als »Norm« funktionieren und als »natürlich« wahrgenommen werden kann. Diejenigen wiederum, die den Unsichtbarkeitsmantel angezogen haben, können auf diese Weise als Teil eines *Gemeinsamen* funktionieren.

Die nicht-normative Weise der Gestaltung der Ordnung von Geschlecht und Sexualität durch die Fotografien offenbart sich bei einem Blick auf ihre relationalen Dimensionen. Nicht in den Darstellungen der einzelnen Frauen und Männern auf Bregulas Fotos, sondern in der Art, wie sie die als Frauen und Männer gelesenen Personen auf den Abbildungen in Relation zueinander gesetzt werden, zeigt sich eine Differenz zu gesellschaftlichen Normen. Die Differenz wird dadurch hergestellt und ersichtlich, dass sich die beiden »Frauen« und beiden »Männer« jeweils an den Händen halten und dadurch in Beziehung zueinander gesetzt werden. Dieses Schema wiederholt sich auf allen Fotografien. In Anlehnung an Löws Raumtheorie könnte davon gesprochen werden, dass die Menschen miteinander relational verknüpft werden und so eine miteinander verbundene Einheit bilden. Die Art der Verknüpfung entspricht gesellschaftlich legitimen Identitätskategorien, nicht jedoch den Normen, die der Art der Relationierung der Zweierkonstellation Mann-Frau vorbehalten ist. Diese »Nichtentsprechung« betrifft gleichzeitig aber nicht die Darstellung der exemplarischen Menschen selbst, wenn sie einzeln betrachtet werden. Daraus entstand eine weitere Kontroverse, da LGBTQ*-Akteur_innen die Normativität der Darstellungen kritisierten.

Auch wenn die Veränderung minimal scheint: Die Platzierung der Paare auf großen Werbeflächen inmitten des städtischen Raumes stellte einen Bruch in die hegemoniale Ordnung der Sichtbarkeit dar. In Anlehnung an Rancière kann man sagen, dass die Fotografien einen Anteil der Anteilslosen in die städtische Raum- und Sichtbarkeitsordnung einfügten. Eine Provokation stellten die großflächigen Bildbords jedoch nur wegen dem Verweis auf »Homosexualität« dar. Wie oben bereits erwähnt, sind die einzelnen dargestellten Menschen in keiner Weise auffallend und brechen in der Art ihrer Darstellung keine Tabus. Die Andeutung der Art der Beziehung, die diese »normalen« Bürger Polens auf den Fotos miteinander haben, bleibt so die alleinige Differenz gegenüber anderen Normen, die wie ihre Kleidung und Geschlechterperformance gesellschaftlich weitgehend kompatibel sind und kein Gegenstand des Streits außerhalb der LGBTQ*-Community wurden. Trotzdem war der Aufruhr enorm, welchen die Fotografien verursachten, da der minimale Unterschied die konservativen Vorstellungen von Gemeinschaft und die Idee der Zusammensetzung der polnischen Nation durcheinanderbrachten. Ein Grund für die Kontroversen war, dass Lesben und Schwule als *gleich(-aussehend)* und als bereits existenter Bestandteil der polnischen Gesellschaft dargestellt wurden. In der Beschreibung der Fotos seitens der Organisatoren der Kampagne ist zu

lesen: »Die Polen haben das erste Mal gesehen, dass ein Schwuler oder eine Lesbe wie ihr Nachbar oder eine Freundin aus der Arbeit aussehen kann. Das verursachte einen Aufruhr [...]« (Kampania Przeciw Homofobii 2003 – Übers. J.R.).

Die Plakate vermittelten also die Botschaft, Homosexuelle bzw. homosexuelle Paarbeziehungen seien ein ontologischer Bestandteil der Bevölkerung. Die Bezeugung einer anderen Ordnung mittels der Fotografien stellt eine Kritik der Ordnung des allumfassenden heterosexuellen *Konsenses* dar. Durch die Behauptung, die heterosexuelle Ordnung sei von Homosexuellen durchsetzt und dies sei quasi »normal«, wird die Existenz einer alleinig heterosexuellen Ordnung zu einer Fiktion erklärt. Die Botschaft lautet: Wir sind präsent, wir sind unter euch. Wir sind überall und jetzt darf ihr uns auch sehen.

Öffentliche Coming-outs werden in angelsächsischen Ländern mit Prominenten assoziiert.¹⁴ Im Falle der Kampagne »Sollen sie uns doch sehen« ist die Strategie eine andere: Die fotografierten Menschen sollen unspektakuläre, sympathische »normale« Bürger und Bürgerinnen darstellen.¹⁵ Die in der Kampagne gezeigten Menschen sind also weder herausragende oder berühmte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, noch Menschen mit einem Erscheinungsbild oder Verhalten, das dem alltäglich reproduzierten geschlechtlichen Normen entgegenläuft, wie es bspw. bei der Performance von Drag Queens der Fall ist. Sämtliche abgebildeten Menschen bestätigen konventionelle Vorstellungen von Geschlechterdifferenzen und Vorstellungen darüber, wie eine »normale« Frau und ein »normaler« Mann aussehen. Im Falle der Identifikation von Darstellungen, die in diesem Fall als stellvertretend für bestimmte Gruppen von Menschen z.B. als homosexuelle Frauen und Männer, polnische Bürger und Bürgerinnen, Stadtbewohner und Stadtbewohnerinnen, Mittelklasse, unauffällig, normal stehen, führt dies zu Fragen nach der Repräsentativität der Darstellung. Das *Wie* der Darstellung von »Homosexuellen« löste in einer zweiten Welle Diskussionen im Umfeld der Betroffenen, aus, die sich durch die Art der stellvertretenden Präsentation »des Homosexuellen«, das hier Sichtbarkeit erlangte, nicht angesprochen fühlten. Robert Kulpa bspw. stellte die Frage:

Wo sind die Transvestiten? Wo sind die verweiblichten Männer? Wo sind die *Butches*? Existieren sie womöglich nicht? Gibt es unter Lesben und Schwulen keine

¹⁴ Coming-out – ist eine Kurzform von der englischsprachigen Redeweise »coming out of the closet« und bedeutet die Offenbarung/Bekenntnis zu einer sexuellen Orientierung bzw. sexuellen Identität.

¹⁵ Eine ähnliche Strategie, in der darauf verwiesen wird, dass der einzige Unterschied zwischen Homosexuellen und Heterosexuellen in dem Praktizieren einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft besteht, wurde in einem TV-Werbespot verfolgt, in dem eine Aktivistin der Warschauer Organisation Lambda gezeigt wird, wie sie »gewöhnliche« Tätigkeiten ausführt, wie z.B. Kaffee trinken.

Anarchofeministinnen, Fans von Leder und hypermaskulinen Männern in S/M Beziehungskonstellationen? (Kulpa 2005 – Übers. J.R.).

Sowohl aktivistische als auch akademische Kreise prangerten den normalisierenden und homogenisierenden Charakter der Fotografien an (vgl. z.B. Warkocki/Sypniewski 2006; Kulpa 2012; Mizielska 2011). Es erfolgte auch eine Diskussion über die symbolische Bedeutung der Fotografien. Robert Kulpa zufolge schreibe sich die Kampagne in einen neuen nationalen Diskurs über das Polnischsein ein (Kulpa, 2012). Der Diskurs transportiere eine bestimmte Vorstellung von erstrebenswerter Normalität, die nationale mit neoliberalen Subjekt-Konzepten miteinander verknüpft:

National discourse establishes norms of »respectability«, which are espoused by LGBT campaigners, in order to integrate homosexual subject into the »Polish national family«. This ambitious goal is sought through performing respectability and establishing homosexual abjects as middle class subjects in times of rapid transformations in Poland post-1989 (Kulpa 2012: 189).

Anna Laszuk, eine Journalistin und Redakteurin des Radiosenders TOK FM, wagte in diesem Zusammenhang ihr Coming-out. Sie beschrieb die Aktion »Sollen sie uns doch sehen« als »assimilatorische Überzeugungsarbeit«, die Nachricht »Wir sind überall« stehe im Gegensatz zur einer queer-aktivistischen Strategie der Affirmation von Andersheit (Laszuk 2010). Bregułas Fotos seien ihrer Einschätzung nach weder eine »Herausforderung« an eine »imaginäre Normalität«, noch an eine »imaginäre Devianz« (ebd.).¹⁶

Eine solche Bewertung der Kampagne ist jedoch zu einseitig, denn die Verbreitung der Botschaft »Wir sind überall« und die daraus folgende Aussage »Wir sind unter Euch« sowie »Wir gehören zu Euch« war im Jahr 2003 ein durchaus politischer Akt, der den damaligen gesellschaftlichen Konsens anzweifelte. Die Annahme, die Relationen und Bindungen der beiden Geschlechter »Mann« und »Frau« zueinander seien immer heterosexuell, und deshalb sei die Ordnung, auf der die Gemeinschaft in Polen basiert, heterosexuell, stellte sich auf diese Weise in Frage. Mit der öffentlichen Präsenz anderer Bindungen wurde die herrschende Vorstellung von Ordnung mit einer anderen Vorstellung der gemeinsamen Gesellschaftsordnung konfrontiert. Die Ausschließlichkeit der heterosexuellen Ordnung war damit in einer Situation des *Dissens* im Sinne Rancierès aufgehoben, ohne jedoch dabei

¹⁶ Die mittlerweile verstorbene Journalistin Anna Laszuk zitiert als Gegenbeispiel den Slogan der US-amerikanischen Gruppe Queernation: »We Are Here, We Are Queer, Get Fucking Used to It!«.

andere sinnliche Komponenten (wie zum Beispiel die dichotome Aufteilung in zwei Geschlechterkategorien) zu hinterfragen.

Wenn mitbedacht wird, dass das Ziel der Kampagne die Sichtbarmachung der Existenz von gleichgeschlechtlichen Paarbeziehungen bzw. »Homosexuellen« als gesellschaftliche Tatsache in Polen war, dann ist sie ohne Zweifel als sehr erfolgreich zu bewerten. Die Kontroversen förderten rege Diskussionen über die Inhalte der Kampagne und verschafften dem Thema Homosexualität eine *Präsenz* in medialen und gesellschaftlichen Debatten. Das Zeugnis der »Existenz« von gleichgeschlechtlichen Paarbeziehungen, die Einführung der *Präsenz* von »lesbischen Frauen« und »schwulen Männern«, machte es den Gegner_innen von homosexuellen Relationen schwierig, diese weiterhin einfach zu leugnen.

Der Ablauf der Kampagne mit dem Titel »Lasst uns den Friedensgruß austauschen« (»*Przekaźmy sobie znak pokoju*«), die im November 2016 stattfand, zeigte, dass der funktionierende sinnliche *Konsens* sich im Vergleich zum Jahr 2003 grundlegend geändert hatte. Ähnlich wie bei der Kampagne »Sollen sie uns doch sehen« (»*Niech nas zobacz*«) beruhte die Form der Intervention darauf, große Billboards und Plakate im öffentlichen Raum auf Werbetafeln zu platzieren. Anders jedoch als bei der Kampagne aus dem Jahr 2003 ging es nicht mehr darum, die Existenz von »homosexuellen« Menschen oder gleichgeschlechtlichen Beziehungen zu bezeugen.

Mehrere Hundert Plakate, die zwei Hände in einem Händedruck auf einem blauen Hintergrund zeigten, waren laut der Organisator_innen in über 10 Städten in Polen zu sehen (vgl. Wiara i Tęcza 2016c). Die eine Hand trug am Handgelenk ein Regenbogenarmband, die andere Hand hatte einen Rosenkranz in Form einer Holzkette mit Kreuz (Abbildung 3). Wie zuvor bei der Kampagne »Sollen sie uns doch sehen« im Jahr 2003 handelte es sich um eine realistische Fotografie. Die Abbildung war jedoch auf zwei Hände reduziert, die in ihrer Begegnung einen Friedensgruß symbolisieren sollten. Wem die Hände gehörten, blieb nicht zu erkennen. Auch die Frage einer geschlechtlichen Zuordnung blieb offen. Auf diese Weise gelang es ähnliche Kontroversen, wie die während der Kampagne »Sollen sie uns doch sehen« im Jahr 2003 bezüglich der Repräsentation einer LGBTQ*-Normativität, weitgehend zu umgehen.

Abbildung 3: Poster der Kampagne »Lasst uns den Friedensgruß austauschen« von 2016.



Quelle: Screenshot der FB-Seite von KPH (2016),
https://www.facebook.com/lgbt.kph/photos/a.281316415246411/1275906802454029/?type=3&_rdr

Unter den Organisator_innen der Plakataktion im Jahr 2016 befanden sich dieselben Personen, die schon bei der Kampagne gegen Homophobie im Jahr 2003 bei der Billboardreihe »Sollen sie uns doch sehen« mitgewirkten. Mittlerweile hatte sich die Landschaft der Nichtregierungsorganisationen jedoch pluralisiert. Es gab einerseits Organisationen, die sich ausschließlich dem Thema männlicher oder weiblicher Homosexualität widmeten, andererseits aber auch transsexuelle, transgender und queere Initiativen und Gruppen, die sich auf spezifische Themen spezialisiert hatten, so wie queere Studierende oder auch christliche LGBTQ's. Neben der Kampagne gegen Homophobie und dem Verein für LGBTQ Personen Tolerado (*Stowarzyszenie na rzecz Osób LGBTQ Tolerado*) war auch auch die im November 2011 gegründe-

te Gruppe der Christen LGBTQ Glauben und Regenbogen (*Grupa Chrześcijan LGBTQ Wiara i Tęcza*) an der Initiative beteiligt.¹⁷

Der »Friedensgruß«, wie die Fotos von den Organisator_innen betitelt wurden, ist ein religiöses Ritual aus dem katholischen Gottesdienst, während dessen, wie es im »Missale Romanum« steht (vgl. z.B. Kongregacja ds. Kultu Bożego i Dyscypliny Sakramentów 2002), die »Kirche um Frieden und Einheit für sich und die ganze menschliche Familie bittet« (Wiara i Tęcza 2016d). Gemäß der Organisator_innen seien das Ziel der Kampagne keine explizit »rechtliche, lehrmäßige oder politische Forderungen von Veränderung« gewesen, sondern lediglich der »Dialog und die zwischenmenschliche Begegnung« (ebd). Wie auch schon bei der Kampagne »Sollen sie uns doch sehen« wurden Lesben und Schwule als schon existenter Bestandteil der polnischen Bevölkerung öffentlich gezeigt und die Existenz von LGBTQ*-Katholik_innen als Faktum behandelt. Die Argumentation ist biologistisch, kreationistisch und zugleich soziologisch-statistisch. Da mindestens 95 % der Bevölkerung bei Umfragen angeben, der katholischen Kirche zuzugehören, betreffe dies laut Glauben und Regenbogen auch LGBTQ*’s, von denen es in der Bevölkerung wiederum 4 % geben solle (vgl. Wiara i Tęcza (2016d)). So sei laut der Organisation *Glauben und Regenbogen* davon auszugehen, dass es in der polnischen Kirche »1,5 Millionen homosexuelle Katholiken« gebe (vgl. Dzierżanowski 2013: 7 – Übers. J.R.). LGBTQ*-Katholiken sind also der Meinung der Organisation Glauben und Regenbogen nach nicht nur eine natürliche Tatsache, die statistisch bewiesen ist, sondern auch eine sehr große Gruppe innerhalb der Kirche.¹⁸

Noch vor der Kampagne hatte die Gruppe Glauben und Regenbogen Ende Juli 2016 zusammen mit dem Europäischen Forum Christlicher LGBTQ*-Gruppen auf dem 31. Weltjugendtag in Krakau eine internationale Begegnung von katholischen und christlichen LGBTQ*-Pilger_innen organisiert. Zu dem Weltjugendtag war auch Papst Franziskus gekommen.¹⁹ Die Aktivitäten der Gruppe beruhen nicht nur darauf, Objekte (wie z.B. Werbetafeln) in öffentlichen Räumen zu platzieren, sondern sie bemühen sich auch darum, bei wichtigen religiösen Ereignissen präsent zu sein. Im Jahr 2013 hatten LGBTQ*-Katholik_innen auf Anregung der Gruppe Glauben und Regenbogen 2015 an Umfragen von Gläubigen teilgenommen, die Papst

17 Die Gruppe der Christen LGBTQ»Glauben und Regenbogen« gehört zudem zu den internationalen Organisationen Europäisches Forum von Christlichen LGBT-Gruppen (*Europejskie Forum LGBT-Chrześcijańskich Grup*), sowie zum *Global Network of Rainbow Catholics* (GNRC k.D.; Wiara i Tęcza k.D.b)

18 Die Publikation über »die Lage von homosexuellen und transgender Katholiken in der polnischen Kirche« wurde 2013 als Antwort auf eine vatikanische Umfrage im Rahmen von Vorbereitungen für die dritte außerordentliche Bischofskonferenz zum Thema Familie veröffentlicht.

19 Vgl. Interneteintrag der Organisation Glauben und Regenbogen über die LGBT*-Pilger_innenversammlung während der Weltjugendtage in Krakau (Wiara i Tęcza k.D.).

Franziskus als Vorbereitung für eine katholische Bischofssynode zum Thema Familie von in Auftrag gegeben hatte.²⁰ In einer Zusammenfassung der Ergebnisse der Umfrage wird die Situation von christlichen LGBTQ*s bemängelt. Wichtig ist der Text insofern, als dass er auf mögliche Motive für die Organisation der Kampagne eingeht. Die generelle Verortung von LGBTQ*s außerhalb der Kirche einerseits und die Voraussetzung einer grundsätzlichen Kirchenfeindlichkeit von LBGTQ*s andererseits stellt einen maßgeblichen Kritikpunkt dar und diese Kritik richtet sich sowohl an die Gläubigen, die Kirche, wie auch an die LBGTQ*-Community (vgl. Dzierżanowski 2013: 11, 17–20). Zwar wird die Existenz von LGBTQ*s in Polen mittlerweile kaum noch geleugnet, dennoch gilt eine gleichzeitige Zugehörigkeit zu LGBTQ* und Katholizismus weitgehend als widersprüchlich und unvereinbar. In Polen sind jedoch viele LGBTQ*s katholisch sozialisiert und katholischen Glaubens. So finden sich diese gläubigen LGBTQ*s zwischen zwei sich ausschließenden und gegenseitig aufhebenden Zugehörigkeiten. Vor dem Hintergrund erwies sich die in der Kampagne verfolgte Strategie als plausibel und durchdacht.

Über den symbolischen Handdruck des Friedensgrußes, einer rituellen Praxis unter gläubigen Katholiken, wird in der Kampagne »Lasst uns den Friedensgruß austauschen« eine relationale Verbindung zwischen LGBTQ* und Religiosität hergestellt. Religiöse LGBTQ*s und andere Katholiken begegnen sich als *Gleiche* und auf Augenhöhe. Ermahnend erinnert die Gruppe Glauben und Regenbogen, dass Christ_innen gegenüber allen Menschen zur »Achtung«, »Offenheit« und »Dialogbereitschaft« verpflichtet sind (vgl. Wiara i Tęcza 2016c). Es wird nicht um die Anerkennung gebeten, sondern darauf verwiesen, dass sich das Sakrament der Taufe nicht »wegwischen« lässt und dass sowohl die heterosexuellen wie auch nicht heterosexuellen Gläubigen »Kinder Gottes« sind, demnach also auch *gleich* vor Gott (vgl. Wiara i Tęcza 2016b).

Besonders interessant ist der Umstand, dass der sozialen Kampagne, neben LGBTQ* Vereinen und Zeitschriften, vier liberale christlich-katholische Zeitschriften – der *Tygodnik Powszechny*, *Więź*, *Znak* und die Zeitschrift *Kontakt*, mediale Unterstützung gewährleisteten. Der Titel der offiziellen Pressemitteilung lautete: »Katholiken und LGBT laden zum Friedenszeichen ein« (Kampania przeciw Homofobii/Wiara i Tęcza/Tolerado 2016). Für die Kampagne wurde u.a. ein Videospot produziert, in dem Geistliche, Kirchenvertreter, Theolog_innen und Mitarbeitende katholischer Zeitschriften sich zu dem Thema LGBTQ* und Katholizismus äußern und ihre Unterstützung für die Kampagne bekunden. Viel zitiert wurde im Rahmen

²⁰ Gemeint ist die dritte außerordentliche Generalversammlung der Bischofssynode zum Thema »Die pastoralen Herausforderungen der Familie im Kontext der Evangelisierung«, die vom 5.–19.10.2014 in Rom stattfand. Zu den Stellungnahmen von *Wiara i Tęcza* (vgl. Dzierżanowski, 2013).

der Kampagne zudem der emeritierte Erzbischof Polens Józef Kowalczyk, der in dem Zitat die Zugehörigkeit »Homosexueller« unterstreicht:

Die Homosexuellen sind Menschen und gleichberechtigte Mitglieder der Kirche. Wir sollen sie nicht verachten. Wir sollen sie nicht auf Grund ihrer Präferenzen disqualifizieren oder aus der Kirche ausschließen (Znak Pokoju 2016 – Übers. J.R.).

Bei der Analyse der Texte, die von der Gruppe »Glauben und Regenbogen« im Rahmen der Kampagne veröffentlicht wurden, fällt auf, dass die Existenzberechtigung von christlichen Lesben, Schwulen, Trans* Personen in der Kirche durch Verweis auf offizielle Amtsträger in der katholischen Kirche, insbesondere Papst Franziskus, untermauert wird. In den Texten folgt eine Interpretationsarbeit von doktrinären und religiösen Schriften und Verlautbarungen und sie sind Bestandteil eines Streits über die richtigen Interpretationsweisen. Wenn auch viele Priester und offizielle Vertreter der katholischen Kirche in Polen sich durch national-konservative und teilweise sogar radikal rechtgerichtete Positionen hervortun, stellen weder Katholik_innen, noch Kirchenvertreter in Polen eine homogene Gruppe dar. Es findet eine kontinuierliche Auseinandersetzung zu Glaubensfragen statt. Auch LGBTQ*s gehören heute in Polen zu den Gruppierungen, die sich bemühen, den Katholizismus aktiv mitzugestalten. Für die Organisator_innen der Kampagne war jedoch die Veränderung des Katholizismus innerhalb der Kirche und der Glaubensgemeinschaft nicht das alleinige Ziel. Glauben und Regenbogen beschreibt das Leitmotiv der Gruppe wie folgt: »Wenn wir das Bewusstsein innerhalb der Kirche verändern, haben wir Einfluss auf die Zunahme von Toleranz und des Weiteren auf die Akzeptanz in der gesamten Gesellschaft ...« (Wiara i Tęcza 2016a – Übers. J.R.).

Als Reaktion auf die von liberalen katholischen Theolog_innen und Amtsträgern unterstützte Kampagne »Lasst uns den Friedensgruß austauschen« warf der Krakauer Kardinal Stanisław Dziewisz der Kampagne »Manipulation« und »Verfälschung« der katholischen Lehre zur Homosexualität vor, und definierte im gleichen Zug Homosexualität als moralisch verwerlich (vgl. Archidiecezja Krakowska 2016 – Übers. J.R.). In der Stellungnahme des Kardinals ist unter anderem zu lesen:

Leider ist klar, dass die Kampagne, die sich auf die christliche Lehre beruft, nicht nur darauf abzielt, den Respekt vor homosexuellen Menschen zu fördern, sondern auch darauf, homosexuelle Handlungen und gleichgeschlechtliche Beziehungen als moralisch gut anzuerkennen. Mit Bedauern muss ich feststellen, dass sich auch einige katholische Kreise, deren Aussagen und Veröffentlichungen sich vom Lehramt entfernt haben, der Verfälschung der unveränderlichen Lehre der Kirche angeschlossen haben (Archidiecezja Krakowska 2016 – Übers. J.R.).

In Bezug auf den Katechismus der katholischen Kirche schrieb er: »In der Frage der Homosexualität ist die Kirche geduldig und barmherzig mit den Sündern und unmissverständlich und unnachgiebig gegen die Sünde« (ebd.).²¹ Auch die Polnische Bischofskonferenz (*Konferencja Episkopatu Polski* – KEP) veröffentlichte am 14. September 2016 eine offizielle Stellungnahme, signiert durch Stanisław Gądecki, Marek Jędraszewski und Artur G. Miziński. In der Stellungnahme grenzt sich das polnische Episkopat nicht nur von den Inhalten der Kampagne ab, sondern betont zudem explizit, dass Katholiken an ihr nicht teilnehmen sollten: »Zusammenfassend sind wir davon überzeugt, dass Katholiken an der Kampagne ›Lasst uns den Friedensgruß austauschen‹ nicht teilnehmen sollten, da diese eindeutig die Anforderungen des Evangeliums verwischt« (Prezydium KEP 2016b – Übers. J.R.). In der Begründung der offiziellen Kirchenvertreter heißt es zudem, »Personen mit homosexuellen Neigungen« seien zwar als Personen geachtet, »das Böse« (d.h. homosexuelle Handlungen und Neigungen) müsse jedoch geächtet werden. Als »Böse« charakterisiert das Episkopat homosexuelle Handlungen, weil diese nicht dem »Plan Gottes« entsprächen. In Zeiten der »Krise der Familie« seien »homosexuelle Neigungen« und die »Gleichsetzung« homosexueller und heterosexueller Beziehungen besonders »schädlich« für die Gesellschaft und das Individuum (ebd.). Somit wird deutlich, dass die Ablehnung von Homosexualität für die polnische Kirche in einem engen Zusammenhang mit Vorstellungen zur geltenden Gender-Ordnung steht, die wiederum die von der katholischen Kirche bevorzugte Gesellschaftsordnung absichert und reproduziert. Diese Ordnungsdimension von »Identitäten« und deren Funktionalisierung wird noch deutlicher in einer Aussage Jan Machniak, einem krakauer Priester und Professor der Katholischen Johannes Paul-II-Universität. In einem Interview meinte der Priester im September 2016 in dem Sender *Radio Maryja*:

Jeder von uns wurde entweder als Mann oder als Frau geschaffen. Gott hat das Leben mit den Menschen so geteilt, dass der Mann Vater und die Frau Mutter werden kann. Wir wurden auf verschiedene Weisen erschaffen. Anders der Mann, anders die Frau. Mit genau dem Ziel, das der Mann und die Frau Zeugen des Lebens werden und wenn dieses Gleichgewicht ins Wanken kommt, oder diese Relationen gestört werden, dann entstehen seltsame Variationen, seltsame Kompositionen, solche eben, wie die lesbische Liebe, oder die homosexuelle Liebe, oder heute spricht man gar von bisexueller Liebe (Machniak 2016 – Übers. J.R.).

Die von Priester Prof. Machniak beschriebene göttliche Ordnung zeigt sich als Aufteilung von Identitäten und in einer »Komposition«, die über Relationen bestimmt

21 Er beruft sich auf den Katechismus der katholischen Kirche und den Absatz zur »Keuschheit und Homosexualität« (KKK 2357–2359) (vgl. Vatican 1997).

wird. Identitäten werden zwar als grundverschieden definiert, jedoch relational durch die Konstruktion der Familie verbunden. Nach dem Katechismus der katholischen Kirche soll jeder und jede seine »geschlechtliche Identität annehmen«, die wiederum auf der »Komplementarität« der »Identitäten« von Mann und Frau beruhe (zum Katechismus der Katholischen Kirche vgl. z.B. Baranowski 1994 – Übers. J.R.). Das Werden, das diesen Identitäten eingeschrieben sei, also die Zukunft, die diese Identitäten zu erfüllen haben, sei demnach das sich Einfügen in eine heterosexuellen Familieneinheit mit dem Ziel der Fortpflanzung. Der Akt der Fortpflanzung, in dem die zwei Identitäten zu »einem Ganzen« werden, werde durch die katholische Kirche als ein Akt der »Nachahmung der Fertilität Gottes« beschrieben (vgl. ebd.).

Durch den Verweis auf den »Plan Gottes«, wie es den Aussagen von Priester Machniak, des Episkopats in Polen oder auch dem Text des Katholischen Katechismus zu entnehmen ist, erfolgt der Versuch, die Debatte über mögliche nichtheteronormative Konstruktionsweisen von Beziehungen zu beenden und die Entscheidungskompetenz wortwörtlich in ein Jenseits zu verlegen. Es handelt sich also um eine argumentative Strategie, wie sie Joseph Mitterer beschrieben hatte. Man versucht, sich gegen Kritik zu immunisieren, indem über den Verweis auf ein »Jenseits« des Diskurses (hier auf Gott) ein indiskutabler Wahrheitsanspruch erhoben wird (vgl. Mitterer 2011). Was im Jenseits als richtige Gesellschaftsordnung gilt, wird allerdings von den jeweiligen Verkünder_innen der Nachricht aus dem Jenseits unterschiedlich ausgelegt, wie es auch das Beispiel des Streits über die Kampagne des Friedenszeichens zeigt. Gemäß dem, was Mitterer in seiner theoretischen Abhandlung aufzeigt, sind der Gegenstand des Streits die argumentativen Setzungen, die im Diskurs vorausgesetzt werden (vgl. Mitterer 2011: 4–5). Dabei erfolgt von beiden Seiten her eine Berufung auf ähnliche Rechtfertigungsinstanzen. Das Ergebnis fällt, ganz im Sinne der von Mitterer beschrieben dualistischen Argumentationsstrategie (vgl. Mitterer 2011: 3), immer zugunsten der jeweiligen Eigenauffassung aus. Auch die LGBTQ*-Gläubigen berufen sich auf Gott, Jesus, die Bibel, christliche Glaubensgrundsätze und sogar Papst Franziskus. Sie kreieren sich selbst als gottgewollte Schöpfung und natürliche Gegebenheit und somit als grundsätzlich »gut«. Zudem praktizieren sie ihren Glauben und treten als religiöse Gemeinschaft auf. Es wird zwar darüber diskutiert und gestritten, ob homosexuelle Handlungen eine Sünde darstellen oder nicht. Aber allein durch die Existenz dieser Diskussionen mit und über LGBTQ*-Christ_innen, sowie den Widerstand gegen das Erscheinen dieser Gruppe als Teil eines gemeinsamen Raumes, werden »LGBTQ*-Christen und Christinnen« gegenwärtig. Sie werden im Sinne Bruno Latours Dingpolitik über die Debatte und das sich gemeinsame Versammeln rund um den scheinbar »unmöglichen« Gegenstand der LGBTQ*-Christen als solche präsent. Diese Präsenz sowie das klare Bekenntnis der LGBTQ*-Christen sowohl zum Christentum als auch zu einer nicht-heterosexuellen Lebensweise, stellen

sowohl für fundamentalistische Christen als auch für offizielle katholische Kirchenvertreter einen Widerspruch dar. Der Umstand, dass ein solcher Widerspruch zustande kommen konnte, offenbart gleichzeitig auch die grundsätzliche Fragilität der normativen sinnlichen Ordnungen.

Situationen des Dissens am Beispiel der Kunstinstallation »Regenbogen« (2010–2015) von Julita Wójcik

»Ihr könnt die Freiheit nicht verbrennen!« – »*Wolności nie spalicie!*« (Newsweek 2013 – Übers. J.R.): war der Titel einer Demonstration mit mehreren Tausend Teilnehmenden, die am 15. November 2014 zur Verteidigung der Installation »Regenbogen« (*Tęcza*) von Julita Wójcik in Warschau stattfand. Teilgenommen hatte u.a. der Gesamtpolnische Gewerkschaftsbund (*Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych – OPZZ*).

Julita Wójciks erste Version der Installation »Regenbogen« entstand im Jahr 2010 im Nordosten Polens auf der Halbinsel Wigry im Rahmen einer Kunstserie unter dem Titel »Flower Power« (vgl. Obieg k.D.): Auf Fotos, die die Umsetzung der Kunstaktion dokumentieren, ist zu sehen, wie ein großer Bogen mit künstlichen Friedhofsblumen in den Farbabfolgen eines Regenbogens aus einer Mauer hervorspringt. Die Mauer selbst umgibt ein von Kamedulen-Mönchen bewohntes katholisches Kloster.²²

In einer Beschreibung der Installation in der Warschauer Kunstzeitschrift »Obieg« werden unterschiedliche, vor allem religiöse Bedeutungen des Regenbogens in diversen Kulturen erwähnt. Darunter die christliche Deutung des Regenbogens als biblisches Symbol der Verbindung des irdischen Lebens mit dem göttlichen Himmel:

In der Antike wurde der Regenbogen als Zeichen des Himmels betrachtet. Die Griechen nahmen an, der Regenbogen sei ein Lächeln der Göttin Iris. Die Iren pflegen zu sagen, dass sich am Ende des Regenbogens ein Krug Gold befindet. Die Indianer glauben, er sei eine Brücke zwischen Leben und Tod. Das 1. Buch Mose, die Genesis besagt, der Regenbogen sei die Bestätigung des Bündnisses zwischen Gott und dem Leben auf Erden. Descartes war schon 1637 Autor einer Theorie, die die Entstehung des Regenbogens erklären sollte, erklärt wurde das Phänomen aber als erstes im 17. Jahrhundert durch Isaac Newton (Wójcik 2010 – Übers. J.R.).

22 Informationen zum Kloster (*Klasztor Pokamedulski*) und der Ordensgemeinschaft *Zakon Kamedułów* siehe die Webseite des Klosters (Fundacja Wigry Pro k.D.).

Ein Jahr später, im Jahr 2011, erstellte Wójcik, auf Einladung einer staatlichen Kulturinstitution, des Adam-Mickiewicz-Instituts (*Instytut Adama Mickiewicza*) und der Kuratorin Monika Szewczyk, einen weiteren Regenbogen, den sie direkt vor dem Europaparlament in Brüssel aufbauen ließ. Diesmal sollte er als Symbol für die EU-Ratspräsidentschaft Polens dienen. In einem Videointerview äußerte sich die Künstlerin dazu, dass der Regenbogen, »schön« sei und »Freude hervorrufen« solle. Sie meinte auch, er repräsentiere die »Vielfalt und Multikulturalität« des Europaparlaments in Brüssel (Siehe das Video-Interview: Wójcik/Szewczyk, Monika k.A. – Übers. J.R.).

Nach Ablauf der polnischen EU-Ratspräsidentschaft wurde die Regenbogen-installation auf Initiative des Adam-Mickiewicz-Instituts im Zentrum Warschaus aufgestellt.²³ Einem Pressebericht der Polnische Nachrichtenagentur (*Polska Agencja Prasowa*, PAP) zufolge erklärte die Künstlerin, der »Regenbogen« könne vielseitig interpretiert werden, die Interpretation sollte jedoch »immer positiv« sein. Wójcik erwähnte in diesem Zusammenhang, Referenzen seien der katholischen Feiertag Fronleichnam (poln: *Boże Ciało*, lat. *Corpus Christi*), die am 2. Juni 2013 stattfindende Gleichheitsparade (*Parada Równości*) und der Beginn der Fußball-Europameisterschaften:

»Er passt in all diese Ereignisse, was meine Hauptannahme unterstreicht: dass der ›Regenbogen‹ nicht sozial oder politisch involviert sein sollte, dass er völlig frei von auferlegten Bedeutungen sein sollte. Einfach – weil es schön sein soll [...]« (Zitat nach Supernak/*Polska Agencja Prasowa* 2012 – Übers. J.R.).

Mit der Benennung dieser drei Ereignisse als gleichwertige Referenzen für die Entschlüsselung der Bedeutung des Regenbogens, stellte die Künstlerin die Ereignisse nicht nur in einen gemeinsamen Zusammenhang, sondern stellte auch eine Gleichheit zwischen ihnen her. Gleichheit hingegen kommt laut Rancière im *Dissens* zum Ausdruck und ist Voraussetzung von Politik.

Dabei ist wichtig anzumerken, dass sowohl Rechtsextreme, darunter viele Fußballhooligans, als auch katholische, rechts-konservative Akteur_innen versuchten, die Gleichheitsparade in Warschau zu verhindern. Die Gleichheitsparade wurde im Jahr 2001 von schwulen und lesbischen Aktivist_innen in Warschau in Anlehnung an die Konvention der in vielen Ländern organisierten Gayprides ins Leben gerufen.²⁴ In den Jahren 2004 und 2005 verhängte der damals amtierende rechtsnatio-

23 Das Institut wurde vom polnischen Kultusministerium in Zusammenarbeit mit dem Auslandsministerium gegründet und fördert Polen und polnische Kultur im Ausland (vgl. Webseite des *Instytut Adama Mickiewicza* k.D.).

24 Als Organisator_innen dieser Demonstration werden unter anderem Szymon Niemiec, damals Vorsitzender des Internationalen Vereins von Schwulen und Lesben für Kultur in Polen (*Międzynarodowe Stowarzyszenie Gejów i Lesbjek na Rzecz Kultury w Polsce*, ILGCN-

nale katholische Bürgermeister und spätere Präsident Polens, Lech Kaczyński, ein Verbot der Demonstration.²⁵ Gleichzeitig verbot der amtierenden Bürgermeister der Stadt, Ryszard Grobelny im Jahr 2005 in Posen eine ähnliche Demonstration mit dem Namen »Marsch der Gleichheit« (»Marsz Równości«). Diese Ereignisse führten zu einer breiten Solidarisierung mit schwul-lesbischen Gruppierungen seitens diverser ausländischer und inländischer Akteur_innen.²⁶ Das Verbot hatte letztendlich eine positive Wirkung auf die Entwicklung der Debatte über die Rechte von Schwulen und Lesben, da es zur Bündnisbildung und einer Ausweitung der Debatte zu allgemeinen Fragen der Gewährung von Rechten für Minderheiten in Polen und dem Recht auf Versammlungsfreiheit, sowie einer Diskussion über den Zustand der Demokratie in Polen führte. Rechte von »Homosexuellen« würden exemplarisch für die Verhandlung der Frage, ob Polen hinsichtlich der Achtung von Bürgerrechten

Polska), Krzysztof Szymborski, Robert Ciepiela, Agata Gorządek und andere genannt. Diese sollen direkt von einer Dokumentation über ein Gay-Pride in Sydney inspiriert gewesen sein (vgl. Parada Równości k.D.). Anika Bloom gibt das Datum 1998 an, aber dieses Datum stimmt nicht. Auch wurde die Parade Anfangs nicht von der Stiftung der Gleichheit (*Fundacja Równości*) organisiert, wie Bloom es angibt, sondern nur in den Jahren 2005–2010. Vorsitzende der Stiftung war der in Berlin lebende Tomek Basiuk (vgl. Bloom 2013: 121).

²⁵ Vgl. Hierzu unter anderem Keinz, Anika (2008: 175) oder Bloom, Aurica (2013: 121–122). Der Marsch der Gleichheit (*Marsz Równości*) wurde ab 2004 in Posen organisiert und wurde ähnlich wie in Warschau im Jahr 2005 mit Verweis auf die Gefährdung öffentlicher Sicherheit und Ordnung verboten.

²⁶ Das erste Verbot im Jahr 2004 wurde von Lech Kaczyński unter dem Vorwand von Straßenverkehrsregeln und der Begründung, dass die Sicherheit der Demonstrierenden nicht gewährt werden könne, verhängt. 2005 wurde das Verbot auf Anklage des staatlichen Bürgerrechtsbeauftragten (rzecznik praw obywatelskich) von polnischem Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig erklärt (vgl. Trybunał Konstytucyjny: 2006). Ein Jahr später verkündete Lech Kaczyński der Presse, auch in diesem Jahr die Gleichheitsparade verbieten zu wollen. Im Jahr 2005, kurz vor neuen Parlamentswahlen, veröffentlichte Kaczyńskis Partei *Recht und Gerechtigkeit* eine Broschüre unter dem Titel »Polska katolicka w chrześcijańskiej Europie« (Katholisches Polen im christlichen Europa), die an etliche Kircheninstitutionen gesandt wurde. Die Broschüre enthielt eine Auflistung von Tätigkeiten der Partei, die der »Verteidigung des katholischen Glaubens« dienen sollten (Wiśniewska/Gazeta.pl 2005). Darunter wird auch die »Bekämpfung« solcher »demoralisierender« Ereignisse, wie die Gleichheitsparade erwähnt (ebd.). Sowie der Wille bekundet »christliche Regeln im gesellschaftlichen Leben« durchzusetzen (ebd., sowie siehe im Internetportal Gejowo 2005). Von Oktober 2005 bis November 2007 bildeten die Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość*) zusammen mit der Partei Selbstverteidigung der Republik Polen (*Samoobrona Rzeczypospolitej Polskiej*) und der Liga der Polnischen Familien (*Liga Polskich Rodzin*) die Regierung. Sowohl der damalige Ministerpräsident Kazimierz Marcinkiewicz (Recht und Gerechtigkeit), sowie Kultusminister Kazimierz Michał Ujazdowski (Recht und Gerechtigkeit) wurden durch homophobe Aussagen bekannt (vgl. z.B. den Bericht von Social Watch: Czarnecki 2008).

tatsächlich ein demokratischer Staat sei oder nicht.²⁷ Ein Beispiel für Protestaktionen in diesem Zusammenhang ist die Solidaritätsdemonstration mit dem in Posen verbotenen »Marsch der Gleichheit«, die unter dem Titel »Reaktivierung der Demokratie. Der Marsch der Freiheit geht weiter!« (»Reaktywacja demokracji. Marsz Równości idzie dalej!«) stattfand. Im Jahr 2007 bestätigte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, das Demonstrationsverbot in Warschau verletze die Europäische Menschenrechtskonvention.²⁸

Neben der Partei Recht und Gerechtigkeit fiel auch die katholische rechtsradikale Organisation Allpolnische Jugend als vehementer Gegner der »Gleichheitsparade« auf.²⁹ Die Allpolnische Jugend organisierte im Juni 2005 sogar eine Gegendemonstration unter dem Titel »Parade der Normalität« (*Parada Normalności*), auf der Normalität als Heterosexualität definiert und Homosexualität als Bedrohung für die gesellschaftliche Ordnung stilisiert wurde (vgl. Kornak 2009: 333).³⁰ Die »Parade der Normalität« fand am 18. Juni 2005 in Warschau als legale Gegendemonstration zur verbotenen »Gleichheitsparade« statt (vgl. Krzyżaniak-Gumowska/Gazeta Wyborcza 2005).

Unter den Gegnern des Demonstrationsrechts für Lesben und Schwulen befanden und befinden sich bis heute viele rechte Fußballhooligans, die mit rechtsextrem-

-
- 27 Das Verbot der Gleichheitsparade hatte also eine zeitweise und punktuelle Konsolidierung von sehr unterschiedlichen Akteur_innengruppen zur Folge. Diverse Gruppen fingen an sich mit schwul-lesbischen Forderungen auf ein Demonstrationsrecht zu solidarisieren und die Frage na schwul-lesbischen Rechten auch als Ihren Kampf zu sehen. Nach dem Verbot positionierten sich sogar Mitglieder der konservativen und Teils homophoben Partei Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska*) gegen das Verbot und solidarisierten sich mit Schwulen und Lesben und deren Demonstrationsrecht. Diesen positiven Nebeneffekt der homophoben Politik von Lech Kaczyński erwähnt 2011 im Interview auch Tomasz Bączkowski – Vorsitzender der Fundacja Równości, Organizator der Warschauer LGBT-Parade »EuroPride« (vgl. Wojciechowski/Bączkowski 2010).
- 28 Am 03.05.2007 entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass die Stadt Warschau durch das vom Bürgermeister ausgehängte Verbot der Parade im Jahr 2005 die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten verletzt hatte (vgl. Europejski Trybunał Praw Człowieka: 2007; van Bogaert: 2007; Parada Równości k.D.).
- 29 Die Allpolnische Jugend (*Młodzież Wszechpolska*) ist eine rechtsextreme, sich zum Katholizismus bekennende Organisation, die sich als Nachfolgerin einer gleichnamigen, im Jahr 1922 gegründeten, völkischen Organisation sieht. Die Allpolnische Jugend und die Gruppierung National-Radikales Lager (*Obóz Narodowo-Radykalny – ONR*), sind für antisemitische Haltungen in der Vorkriegszeit bekannt. Bis 2006 arbeitete die Allpolnische Jugend eng mit der Partei Liga der Polnischen Familien (*Liga Polskich Rodzin*) zusammen. Zu den Protesten der Allpolnischen Jugend siehe den Beitrag in der Gazeta.pl (Kowalska/Krzyżaniak-Gumowska/Gazeta.pl 2005).
- 30 Dies war jedoch nicht die erste Protestaktion der Allpolnischen Jugend, schon im Mai 2002 traten Mitglieder der Organisation auf der Straße als Gegner der Demonstration auf (Kornak 2009: 217).

men Gruppierungen, wie der schon genannten Allpolnischen Jugend, aber auch mit anderen Gruppen wie die Nationale Wiedergeburt Polens (*Narodowe Odrodzenie Polski, NOP*) oder das National-Radikale Lager (*Obóz Narodowo-Radykalny, ONR*) sympathisieren. Bekleidet mit ihren Fanschals zum Beispiel des Fußballklubs Legia Warszawa nahmen sie viele Jahre hinweg an Demonstrationen gegen die sogenannte Gleichheitsparade teil.

Während die politische Rechte in Polen heterogen ist und verschiedene Strömungen ausgemacht werden können, die in ihren politischen Positionen z.B. hinsichtlich Antisemitismus, dem Verhältnis zu faschistischen Ideologien oder der Haltung zu Europa unterschiedliche Positionen vertreten, ist sie sich in Bezug auf ihre Vorstellungen zur Gender-Ordnung und Sexualität weitgehend einig. Auch das offizielle Verhältnis der polnischen katholischen Kirche gegenüber der Idee einer Geschlechtergleichheit und -vielfalt einer nicht-essentialistischen Betrachtung von Geschlecht sowie der Praxis von homosexuellen Beziehungen ist durchweg ablehnend. Immer wieder bekräftigen Kirchenvertreter diese negative Haltung. Die Kirchenpolitik in Polen steht an diesem Punkt im Einklang mit der offiziellen Haltung des Vatikans, wie sie von der Kongregation für die Glaubenslehre veröffentlicht wurden.

Als Julita Wójcik ihre Presseerklärung hielt, war die »Gleichheitsparade« längst zum Gegenstand von Kontroversen und öffentlicher Debatten geworden. Gleichzeitig sind für die beschriebenen Gruppen die von der Künstlerin genannten Ereignisse sehr bedeutend: Fronleichnam für die Katholik_innen, die Fußball-Europameisterschaft für die Fußballhooligans, die »Gleichheitsparade« für Schwule und Lesben. Mit Ihrer Aussage brachte Wójcik diese miteinander verfeindeten Gruppen unter dem Deckel des symbolisch vielfältig besetzten Regenbogens in einen gemeinsamen Zusammenhang. In der Handlung der gleichwertigen Benennung und Synthese dieser drei Ereignisse wurde also im Sinne Rancières eine Situation der *Gleichheit* geschaffen. Die räumliche Gleichheit inkompatibler sinnlicher Ordnungen führte zu einer Situation des Dissens, wobei ein heterosexueller Konsens in Frage gestellt wurde, womit sich die Bühne für die Politik öffnete.

Bis Ende 2014 wurde die Installation von Julita Wójcik mindestens fünfmal in Brand gesteckt. So bspw. am 1. November 2013 während der jährlich stattfindenden Demonstration unter dem Titel »Unabhängigkeitmarsch« (»*Marsz Niepodległości*«) (vgl. MM/PAP 2013), die von einer Koalition rechts-nationaler Gruppierungen orga-

nisiert wird.³¹ Während eines Besuchs in Warschau Mitte November 2013 verbrachte ich mehrere Stunden auf dem Platz des Erlösers (*Plac Zbawiciela*) inmitten Warschaus, um die Überreste des Regenbogens nach dem Brand und die sich darauf beziehende Handlungen von Menschen zu beobachten.

Der »Regenbogen« zeigte sich zu diesem Zeitpunkt als ein mehrere Meter hohes geschwärztes Gerüst. Mit verkohlten Elementen erstreckte er sich mitten auf dem Platz als Bogen über eine durch regen Kreisverkehr umzingelte Grünfläche. Ein zentrales Gebäude an dem Platz ist eine klassizistische Kirche, die dem Ort auch seinen Namen gegeben hat: Kirche des allerheiligsten Erlösers (*Kościół Najświętszego Zbawiciela*).

»Heute der Regenbogen – morgen wir!« (*Dzisiaj tęcza jutro my!*) – so lautete die Aufschrift auf einem Pappschild, das unter dem Gerüst lag. Der Zbawiciela-Platz mit der Installation von Julita Wójcik verwandelte sich nach dem Brand vom 1. November, dem offiziellen Tag der Nationalen Einheit Polens, für einige Tage in einen Ort der Pilgerschaft. Trotz des fehlenden Fußgängerübergangs zu der Verkehrsinsel in der Mitte wurde das sich dort befindliche Gerüst mit Kunstblumen, Regenbogenflaggen, Kärtchen mit Nachrichten, Stofffiguren und anderen bunten Dingen geschmückt.

Ab und zu tauchten Menschen auf, die es wagten, unerlaubt die Straße zu überqueren. Sie küssten sich unter dem »Regenbogen«, um gleich darauf von der Polizei für die verbotene Straßenüberquerung einen Strafzettel zu bekommen. Dieses Küsse unter dem »Regenbogen« von Julita Wójcik war anscheinend nach der Aktion eines »Kiss-Ins«, zu dem unter anderen über Facebook aufgerufen wurde, zum Ritual geworden.³²

Die Menschen, die sich unter dem Regenbogen küssten und fotografierten, waren sehr unterschiedlich und konnten als Paare diverser sexueller Orientierungen gelesen werden. Sie traten als unauffällige Passanten in Erscheinung, und erst durch den Akt des Küssens oder des Händchenhaltens manifestierte sich die

31 Der 11. November ist der staatliche Feiertag der nationalen Unabhängigkeit Polens. Der Unabhängigkeitsmarsch (*Marsz Niepodległości*) wird seit 2010 am 11. November von einer rechts-nationalen Koalition organisiert (vgl. z.B. die Webseite des *Marsz Niepodległości* – geprüft am 30.07.2014). Zu den Gruppierungen gehörten zu dem Zeitpunkt die schon erwähnte Allpolnische Jugend (*Młodzież Wszechpolska*) und das National-Radikale Lager (*Obóz Narodowo-Radykalny – ONR*) (vgl. Fakty Interia 2014).

32 Das Wort »Kiss-In« ist als eine Analogie zu dem Wort »Sit-In« (auf Deutsch auch Sitzblockade genannt) zu verstehen. *Sit-In* ist eine Protestmethode, die schon in den 1960er Jahren durch die Studentenbewegung praktiziert wurde und darin besteht, dass Gebäude, Straßen usw. durch sitzende Menschen besetzt werden. *Sit-Ins* sind auch heutzutage bei Demonstrationen zu beobachten, bei denen es kurz vor einer Gewaltescalation bzw. Gewaltanwendung durch die Polizei steht. *Sit-Ins* sind eine Protestmethode des zivilen Ungehorsams und gewaltfreien Widerstandes.

Art der Beziehung. Abhängig davon, wer sich küsste, konnte diese Beziehung als heterosexuell, homosexuell oder auch anders gedeutet werden (oder es war auch gar nicht zuzuordnen). Es waren demnach sowohl Menschen, die heterosexuelle, und/oder auch homosexuelle Beziehungen in ihren Handlungen auf dem Platz des Erlösers praktizierten. Diese Form des Aufeinandertreffens stellte eine performativ Praxis der Relationierung zwischen Menschen, gleichzeitig aber auch mit dem Regenbogen dar. Bei der Herstellung von Zusammenhängen zwischen Menschen, die durch ihr Verhalten in Kontakt zueinander traten und sich in Beziehung zu dem Regenbogen und dem Platz setzten, kann mit Bezug auf Löw von einer prozesualen Produktion von Raum gesprochen werden.³³ Die konkrete Gestaltung der Raumproduktion war hart umkämpft, was sich in den nicht-institutionalisierten Reaktionen von Fußgängern bemerkbar machte.

Während der Beobachtungen fielen zwei Personen in einem Skinhead-Fußball-hooligan-Look ins Auge, die beim Vorbeilaufen am »Regenbogens« ihre Hände zur Faust erhoben und »Nicht rot, nicht regenbogenfarbig, sondern ein nationales Polen!« (»*Nie czerwona, nie tęczowa, tylko Polska narodowa!*«) skandierten.³⁴ Auf Bänken rund um den »Plac Zbawiciela« lagen zudem Flyer mit der Aufschrift »Stop der Diktatur der Minderheit« (*Stop dyktaturze mniejszości*). Auf diesen waren zwei durchgestrichene, sich an Händen haltende, männliche Strichmännchen zu sehen (Abbildung 4). Die Flyer waren offensichtlich von rechts-nationalen Akteur_innen an verschiedenen Stellen des *Plac Zbawiciela* verteilt worden. Auf diese Weise versuchten rechts-nationale Akteur_innen, Einfluss auf die Raumproduktion auszuüben.

Der »Regenbogen« wurde zum Gegenstand etlicher Proteste, aber auch zum Zielpunkt einer Pilgerschaft. Die Wahl des Begriffs der Pilgerschaft hinsichtlich der Versammlungen von Befürworter_innen pluraler Lebensweisen unter der Regenbogen-Installation erfolgt in diesem Zusammenhang nicht zufällig. Die beobachteten Praktiken zeigten Parallelen zu politisch und religiös motivierten Protesten der 1980er Jahre. Zu Zeiten des Staatssozialismus wurden zum Fronleichnamsfest (Corpus Christi) Fenster und Straßen, auf denen sich die katholischen Protestprozessionen bewegten – zum Missfallen des staatlichen Machtapparats – mit religiösen Motiven und bunten Blumen geschmückt und Altare im öffentlichen

³³ Zur Theorie von Martina Löw siehe ihr Buch zur Raumsoziologie (2001) und das Theoriekapitel in dem vorliegenden Buch.

³⁴ Die gleiche Parole ist auch auf einer Videodokumentation einer am 15.04.2014 stattfindenden gemeinsamen Protestaktion von Fußballfans und der Nationalen Bewegung zu hören (siehe www.youtube.com/watch?v=q2WeyeEo7_Q#t=254, Abruf 01.08.2014). Der Skinhead-Fußballhooliganlook in Polen sind kurz geschorene Haare, militärische Bomberjacken, Sportbekleidung, rot-weiße Schals mit der Aufschrift »Polska« (Polen). Fußballhooligan-Gruppen sind in Polen sehr stark von Rechtsradikalen unterwandert, die mit der internationalen rechten Skinheadkultur sympathisieren.

Raum aufgebaut. In dem Kampf um den »Regenbogen« in den 2000er Jahren tauchten Elemente, wie bspw. bunte Kunstblumen, in ähnlich ritualisierter Form erneut auf. Genau wie im Fall des Protestprozessionen zum Fronleichnamsfest handelt es sich um eine umkämpfte Raumproduktion, da der Staatsapparat diese Praktiken nicht befürwortete. Die Ähnlichkeit zu katholischen Versammlungen oder Protestpilgerschaften, bei denen Marienbilder und Kreuze zu einem Hauptbezug auf den Versammlungen wurden, erklärt die Brisanz der LGBTQ*-»Pilgerschaften« und die Reaktion von u.a. rechts-nationalistischen Gruppierungen, die dies als Provokation betrachteten.

Durch die Versammlungen diverser Akteur_innen entstand eine politische, durch Dissens geprägte Situation, in der Befürworter_innen und Gegner_innen von pluralen Formen der Liebes- und Lebensbeziehungen aufeinandertrafen. Die Akteur_innen rangen durch ihre körperliche Präsenz und durch ihre auf den Regenbogen bezogene Handlungen um die Form der Konstituierung des Raumes, dessen Bedeutung und Legitimität.³⁵

Für diejenigen, die sich selbst in eine affirmative Beziehung mit dem Regenbogen setzten, wurde dieser damit zu einer pluralen Obhut. In den Aussagen der Gegner_innen des Regenbogens wurde hingegen deutlich, dass sie es als ein »schwules« Objekt bekämpften. Beispiele für solch eine Interpretation der Gegner_innen der Regenbogeninstallation sind Sätze wie: »Es brennt der schwule Regenbogen«, »Regenbogen, Regenbogen, Symbol des Perversen«, »Wir sind nicht einverstanden mit einem Schwulensymbol im Zentrum Warschaus«, oder der Vorschlag eines Abgeordneten der Partei Recht und Gerechtigkeit, die Regenbogenfarben mit rot-weißen polnischen Nationalfarben zu ersetzen.³⁶

35 Es gab mehrere unabhängige Initiativen, Proteste und Demonstrationen für den Erhalt und Aufbau des Regenbogens. Z.B die Aktion »Unbeindruckt küssen wir uns unter dem Regenbogen!« (»Niewzruszen! Całujmy się pod tęczą!«) am 17.11.2014, eine Demonstration unter dem Titel »Die Freiheit könnt ihr nicht verbrennen! (»Wolności nie spalicie!«) am 15.11.2014 oder die Facebookseite »Setzt eine Blume auf den Regenbogen« (»Wetknij kwiatek w tęczę«) (vgl. Newsweek 2013).

36 Das Zitat »Płonie pedalska tęcza« (der schwule Regenbogen brennt) war nach Pressemeldungen eine Aussage des Abgeordneten der Partei Recht und Gerechtigkeit, Bartosz Kownacki, auf seiner Facebookseite (vgl. Josko/Na Temat 2013). Die Slogans waren u.a. »Regenbogen Regenbogen, Symbol des Perversen!« (»Tęcza, tęcza, znak zbroczenia!«). »Wir sind nicht einverstanden mit einem Schwulensymbol im Zentrum Warschaus! (»Nie zgadzamy się na promowanie symbolu pedalstwa w samym centrum Warszawy!«) (vgl. Szymanowski, Piotr k.D. – Übers. J.R.).

Abbildung 4: Die Regenbogeninstallation nach einem der Brände im Jahr 2013. Am Fuße des Regenbogens befinden sich Plakate mit den Aufschriften »Heute der Regenbogen, morgen wir?« und »Der Anblick des Regenbogens ermüdet uns nicht«. Auf dem dritten Foto ist ein Flyer der Gegner_innen des Regenbogens mit der Aufschrift »Stop der Diktatur der Minderheit« zu sehen.



Fotos: Jennifer Ramme

Nicht nur die Befürworter_innen, sondern auch die Gegner_innen des Regenbogens setzten sich also in Beziehung zu einem Objekt, indem sie es in antagonistischer Weise ablehnten und als etwas Fremdes und Unpassendes mit Brandstiftungen und Protesten bekämpften. Jedes Mal nachdem rechts-konservative Akteur_innen die Installation in Brand gesetzt hatten, wurde diese wiederaufgebaut.

Der »Regenbogen« befand sich gegenüber einer Kirche auf dem »Platz des Erlösers«. Ein Recht auf Präsenz des »Regenbogens« an diesem Ort sahen katholische und rechts-konservative Kreise als Affront und Widerspruch, zu der von Ihnen favorisierten Ordnung, weshalb sie die Installation angefochten. Der Wiederaufbau des Regenbogens sei eine gegen die Kirche gerichtete Provokation, hieß es im November 2013 in einem Aufruf zur Bekämpfung der Installation aus rechtsnationalen Kreisen (vgl. z.B. Onet 2013). Der Priester Jerzy Garda organisierte mit Unterstützung des Senders Radio Maryja eine Serie von sogenannten »Bet-Protesten« gegen die »permanente Profanation«, die durch die Installation, die er als »Symbol der

Sünden von Sodom und Gomorra« bezeichnete, zum Ausdruck käme.³⁷ Stattdessen, so die Forderung des Priesters, solle dort eine Heiligenstatue aus der Vorkriegszeit rekonstruiert und aufgestellt werden.³⁸

Besonders aussagekräftig war ein Kommentar von Robert Winnicki im Rahmen einer TV-Debatte. Winnicki war als Vorsitzender der Nationalen Bewegung (*Ruch Narodowy*) einer der wichtigsten Anführer der Proteste gegen die Regenbogeninstalation:

Der Regenbogen ist keine Kunstinstallation. Er passt nicht zu der Architektur des »Zbawiciela-Platz« und stört diese Architektur. Es ist ein ideologisches Symbol und es macht keinen Sinn so zu tun, als würde kein ideologischer Krieg stattfinden. Und in diesem Krieg geht es um ein Entweder-oder. Entweder lassen wir es zu, dass es zu solch einer furchtbaren Situation kommt, wie im Westen, dass also Gemeinschaften von Abartigen sich den öffentlichen Raum aneignen, alle der Homophobie beschuldigen und eine bestimmte Sprache der gesellschaftlichen Debatte aufzwingen, oder aber wir werden in Polen um die Normalität kämpfen, sei es mit radikalen Mitteln (TVP Warszawa – Übers. J.R.).³⁹

In einer Auflistung von Zielsetzungen der Nationalen Bewegung, die aus der Organisation des rechts-nationalen »Unabhängigkeitsmarsch« hervorging, ist zu lesen, dass die polnische Identität auf dem Fundament des Christentums aufgebaut ist und das die Familie, bestehend aus einer Ehe von Mann und Frau (sowie dem Recht auf Leben, beginnend mit dem Moment der Zeugung) Grundlage des gemeinschaftlichen Lebens sei (vgl. *Ruch Narodowy* k.D.). Die Bekämpfung des Regenbogens kann neben der Bewahrung der Heteronormativität des öffentlichen Raumes

37 Eine Forderung der Beet-Proteste von Garda war es, an dem Ort eine »Statue des Heiligen Herzen des Herren Jesu« wieder aufzubauen, die es dort vor dem Zweiten Weltkrieg gegeben haben soll (bspw. W Obroni Wiary 2014).

38 Eine Forderung der Beet-Proteste von Garda war es, an dem Ort eine »Statue des Heiligen Herzen des Herren Jesu« wieder aufzubauen, die es dort vor dem Zweiten Weltkrieg gegeben haben soll. Siehe ebd.

39 Die Nationale Bewegung (*Ruch Narodowy*) ist eine Organisation, die 2012 nach dem »Marsz Niepodległości« (Unabhängigkeitsmarsch) und die Vereinigung, der mit ihm verbundenen Gruppierungen und Akteur_innen, wie *Oboz Narodowo-Radykalny* ONR (National-Radikale Lager) und *Młodzież Wszechnicza* (Allpolnische Jugend) entstand. Siehe *Ruch Narodowy* (k. D.). Das National-Radikale Lager und die All-Polonische Jugend gab es schon in der Vorkriegszeit und beide Gruppierungen hatten einen faschistoiden Charakter und waren durch ihren Antisemitismus bekannt. Die *Allpolnische Jugend* setzte sich in polnischen Universitäten für eine getrennte Sitzordnung für Juden und Polen ein. Nach der Wiederbelebung dieser Jugendorganisationen waren diese auch durch die White Power Skinheadbewegung inspiriert, was in der Kleidung ersichtlich ist und insbesondere Gruppierungen des ONR sind schon in 90er Jahren als Schlägertrupps aufgefallen.

auch als verzweifelter Versuch gedeutet werden, eines Teils schon verlorenen *Konsenses* wieder herzustellen und gemäß des angestrebten konsensualen Modells »Dinge und Worte« wieder in »Übereinstimmung« (vgl. Rancière 2002: 117, 126) zu bringen.

Nachdem die Installation im Jahr 2014 zum fünften Mal, diesmal von Teilnehmenden des Unabhängigkeitsmarsches abgebrannt wurde, rief die Künstlerin in einer Presseerklärung erneut zu einem gemeinsamen Wiederaufbau des Regenbogens auf. Diesmal benannte sie mit eindeutigen Worten, dass damit Rechte für LGBTQs eingefordert werden: »Lasst uns in gemeinsamer Arbeit am Aufbau des Regenbogens zeigen, dass wir gegen Hass und Intoleranz sind. Dass wir für die Gewährung von Rechten für LGBTQ-Personen sind« (Wójcik/Gazeta Wyborcza 2014). In der gleichen Erklärung wies sie auf einen Aufruf des Europaparlaments vom 4. Februar 2014 zur Vorbereitung einer europaweiten Strategie für die Rechte von LGBTQs in der Europäischen Union hin (vgl. ebd.).

Die Installation wurde nach tagelangem Arbeitseinsatz von Freiwilligen am 1. Mai 2014, dem 10. Jahrestag des EU-Beitritts Polens, mit zigtausenden Kunstblumen in Farben des Regenbogens eingeweiht. Medienberichten zufolge schrieb sogar der Botschafter der U.S.A., Stephen D. Mull, auf der Internet-Kommunikationsplattform Twitter, er freue sich über die Rückkehr des »Symbols der Toleranz« (vgl. Gazeta Wyborcza). Dabei ist wichtig anzumerken, dass die Installation im Jahr 2011 vom Adam-Mickiewicz-Institut nicht als LGBTQ*-Symbol ausgewählt wurde, sondern zuerst im Kontext der polnischen Mitgliedschaft in der EU entstand. Wie bereits erwähnt sollte es als Symbol von Vielfalt und Multikulturalität in der Europäischen Union dienen.

Es war zu beobachten, dass sowohl Gegner_innen wie auch Befürworter_innen von lesbisch-schwulen Rechten auf die Europäische Union und »westliche« bzw. »europäische« Normen verwiesen. Bis heute dient dieser Bezug dem Stärken der jeweiligen Position. Rechtskonservative Gruppierungen positionieren sich in Auseinandersetzungen um die Teilhabe von LGBTQ*s an der polnischen Gesellschaft und im öffentlichen Leben, ebenso wie im Kontext von Auseinandersetzungen über die Gleichstellung von Frauen oft gegen ein vermeintliches hegemoniales Westeuropa. Diesem wird vorgeworfen, der polnischen Nation seine Normen aufzuzwingen. Sprecher_innen schwul-lesbischer Aktivist_innen-Kreise, wie z.B. der Kampagne gegen Homophobie oder die Organisator_innen der »Gleichheitsparade«, stellen sich wiederum häufig als europäische und polnische Bürger_innen dar, die durch eine hegemoniale rechtskonservative Gesellschaftsordnung unterdrückt seien. Dabei berufen sie sich affirmativ auf EU-Standards und »europäische« Werte.⁴⁰

⁴⁰ Zu den jeweiligen Positionierungen und der Funktionalisierung von »Europa« in den Verhandlungen von Geschlecht und Sexualität in der polnischen Gesellschaft vgl. auch Anika Keinz (2008: 220–243).

Für die hier beschriebenen und am Konflikt beteiligten katholischen und rechts-nationalen Gruppierungen haben Homosexualität wie auch andere von der heterosexuellen Norm abweichende Sexualbeziehungen die Funktion eines konstitutiven »westeuropäischen« Außen, das der abgrenzenden Definition der polnischen Nation dient. Der »Regenbogen« von Wójcik, der nicht nur ein Symbol der LGBTQ*-Bewegung, sondern zuvor in Brüssel auch ein Symbol der Zugehörigkeit Polens zur EU war und vor dem Europaparlament stand. Er kam als Objekt von Brüssel nach Warschau und erfüllte die Kriterien eines konstitutiven Außen in doppelter Hinsicht. Er wurde zum Symbol der vermeintlichen »Besetzung Polens durch Brüssel« und stand gleichzeitig für »Identitäten«, zwischenmenschliche Beziehungen und Praktiken, die seitens der rechtsnationalen katholischen Gegner des Regenbogens als »fremd« für das polnische Volk definiert sind. Das polnische Volk wird dabei als eine homogene Einheit aufgefasst, und die Existenz von Homosexualität als ein Merkmal »westlichen« Werteverfalls gedeutet. Deutlich macht diese Sichtweise unter anderem der Begriff »Eurosodomie« (*Eurosodomia*), der wiederholt auf Demonstrationen auftauchte (vgl. hierzu auch Mizielińska 2011: 88). So auch bei einem der Gegenproteste am Rande einer der Gleichheitsparaden in Warschau (Abbildung 5).

Abbildung 5: Protest gegen die Gleichheitsparade in Warschau. Auf einem der Transparente steht die Aufschrift »Eurosodomie hat keine Zukunft«.



Foto: Jennifer Ramme

Als Gegenmodell zu diesem diskursiven Ausschluss sind schwul-lesbische Initiativen zu bewerten, in denen ein Bezug zwischen nationaler Zugehörigkeit und Homosexualität hergestellt wird, bzw. versucht wird, Homosexualität in nationale Diskurse zu integrieren (Kulpa 2011: 49).

Die Konflikte zeigen, dass sich Räume in einer (An-)Ordnung von Menschen und Objekten konstituieren und sich durch die Setzung verschiedener Relationen verändern können. So würden sich die mit der Regenbogen-Installation zusammenhängende räumlichen Prozesse anders gestalten, wenn sich die christlichen Akteur_innen bspw. affirmativ auf den Regenbogen bezögen und ihn in ihre Raumpraktiken als Teil eines *Gemeinsamen* integriert hätten. Martina Löw erklärt in ihrer Raumtheorie, dass Menschen bzw. Lebewesen, soziale Güter und primär materielle Güter zu Räumen zusammengefasst werden.⁴¹ Das hier behandelte Beispiel zeigt, wie Objekte und Menschen in räumlichen Synthesen im Sinne Löws zusammenwirken und dass die entstehenden Räume »identitäre« Züge aufweisen können. So war es möglich, dass ein »Regenbogen« als »schwul« bezeichnet, und die Darstellung eines »atmosphärischen Phänomens« vehement bekämpft wurde. Als besonders wichtig erweist sich der Zusammenhang von Raum und »Identität« für nationalistische Gruppierungen, wie bspw. der Organisation Nationalen Bewegung, weil sie diese nationale Zugehörigkeit untrennbar mit einer statischen Zugehörigkeit (den »Wurzeln«) zu einem Raum verbinden und daraus folgend den Alleinanspruch einer Nation über einen Raum (»Territorium«) begründen. Kommentare auf der Internetseite der Nationalen Bewegung waren bspw. »Pole = Geschichte = Wurzeln = Territorium = Kultur«. Sie verdeutlichen diesen Zusammenhang zwischen Identität und Raum.⁴²

Das »Territorium«, das die nationalistischen Gruppierungen in diesem Fall konkret umkämpfen und für sich als die »echten« polnischen »Volksangehörigen« beanspruchen, ist der urbane öffentliche Raum im Zentrum Warschaus. Die räumliche Präsenz von Nicht-Heterosexualität wird hingegen durch den mehrere Meter großen Regenbogen hergestellt. Das von den Installationsgegnern als den Nicht-Heterosexuellen zugesprochenem und demnach als nicht polnisch und fremd definiertem Objekt steht mitten auf einem Platz, gegenüber einer katholischen Kirche. So werden beide Objekte zu Elementen einer räumlichen Synthese, also auch zu einem gemeinsamen Raum, da sie beide Bestandteile desselben Platzes sind. Die Intensität

41 Wie schon im theoretischen Kapitel 2 erläutert, handelt es sich hier um meine eigene Interpretation von Löws Theorie, die mit Rancière Theorie zur Aufteilung des Sinnlichen verbunden wird. Löws Theorie findet nur teilweise Anwendung, da die Dichotomie von Materie und Kultur bzw. symbolische Bedeutung, wie sie bei Löw vorhanden ist nicht berücksichtigt wird (vgl. z.B. Löw 2001: 224–225).

42 Das Zitat lautet »Polak = historia = korzenie = terytorium = kultura« (»Pole = Geschichte = Wurzel = Territorium = Kultur«) (Aśka k.D. – Übers. J.R.).

der Auseinandersetzungen ist besonders dem räumlichen relationalen Nebeneinander dieser beiden Objekte geschuldet, die Teil eines Gemeinsamen ausmachten. In Anlehnung an Jacques Rancière kann die These aufgestellt werden, dass dieses räumliche Nebeneinander und die räumliche Synthese zu einem Gemeinsamen eine Bühne für Politik eröffneten, auf der konfliktierende Vorstellungen von Gemeinschaft und des gemeinsamen Raums zur Geltung kamen. Die Konflikte trugen sich in diesem Fall über räumliche Handlungen aus, indem die jeweiligen Parteien sich den Objekten gegenüber positionierten und deren Zugehörigkeit zu einem Gemeinsamen entweder bestätigten oder in Frage stellten. Die einen versuchten, die *Präsenz* des Objektes auszulöschen, indem sie den Regenbogen immer wieder anzündeten, die anderen bauten den Regenbogen immer wieder von neuem auf und küssten sich unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Gender-Identifizierung unter dem Regenbogen.

Der Konflikt um den Regenbogen steht exemplarisch für einen Konflikt, der seit vielen Jahren in der polnischen Gesellschaft besteht. In diesem wird die Definition des Gemeinsamen und die Frage verhandelt, ob nicht-heterosexuelle Lebensweisen und Praktiken Bestandteil der polnischen Gesellschaft sind bzw. sein dürfen. Im Falle der Regenbogeninstallation von Wójcik schürte den Konflikt zusätzlich die Tatsache an, dass es sich zwar um eine temporäre, aber dennoch um eine mit Unterstützung der Stadtverwaltung durchgeführte Form der Raumgestaltung handelte. Da staatliche Institutionen die Installation anfangs förderten, ist die räumliche temporäre Neugestaltung des Platzes des Erlösers (*Plac Zbawiciela*) auch ein Ausdruck staatlicher Politik und nicht nur eine ohne Ressourcen besetzte temporäre räumliche Handlung. Hier ist vor allem auf zwei wichtige Sachverhalte hinzuweisen. Der erste ist, dass der Regenbogen nicht als LGBTQ*-Symbol aufgestellt wurde und erst später diese Bedeutung zugesprochen bekam. Julita Wójcik selbst sagte in einem Interview, dass sie sich vor dem Angriff auf den »Regenbogen« des Problems der Homophobie in Polen gar nicht so bewusst gewesen sei. Sie habe zu den Menschen gehört, die »bestimmte Verhaltensnormen als Regeln betrachten«. Erst nach den Erfahrungen mit den negativen Reaktionen auf ihre Kunstobjekte habe sie ihre Einstellung zur Homophobie und der *Präsenz* von LGBTQ*s als Teil des öffentlichen Raumes geändert (Wójcik 2015). Der zweite Punkt ist, dass die Frage, ob die Kirche als katholisches Gebäude weiterhin bestehen darf, in den Diskussionen nie ein Thema war. Die *Präsenz* katholischer Objekte wird von allen Konfliktparteien als selbstverständlich betrachtet und in keiner Weise hinterfragt. In dem Konflikt ging es den konfliktierenden Parteien entweder um die Erhaltung des Primats einer katholischen, ausschließlich heterosexuellen Gesellschaftsordnung, oder darum, eine Gesellschaftsordnung zu ermöglichen, welche Pluralität zulässt, und in dem der Katholizismus folglich nur noch als ein Lebens- und Raumentwurf neben anderen (gleichwertigen) Entwürfen besteht. Die katholischen Rechtsnationalen in Polen, scheinen hingegen gemäß dem Kriterium der Ausschließlichkeit zu agieren.

In der offiziellen Kirchenlehre des Vatikans, wie sie im Jahr 2002 von der Römischen Glaubenskongregation in der sogenannten »Lehrmäßigen Note zu einigen Fragen über den Einsatz und das Verhalten der Katholiken im politischen Leben« veröffentlicht wurde, wird ausdrücklich vor »Pluralismus«, »Toleranz«, der »Anerkenntung« von Homosexualität und Forderungen der Nicht-Diskriminierung gewarnt (vgl. Ratzinger/Bertone/S.D.B. 2002; Kongregation für die Glaubenslehre 1992).⁴³ Die Ähnlichkeit der offiziellen vatikanischen Moral- und Soziallehre zu der Argumentation von Kirchenvertretern in Polen sowie Vertreter_innen katholischer rechts-nationaler Gruppierungen und Parteien ist verblüffend und zeigt, dass es sich hier um einen internationalen und nicht nur nationalen Diskurs handelt. Und dies obwohl die Akteur_innen in Polen ihre Ansichten als genuin nationale Werte darstellen.⁴⁴

Julita Wójcik äußerte sich im Jahr 2013 in einem Radio-Interview zu einer der Zerstörungen der Installation. Ihrer Ansicht nach stellte die Arbeit nicht nur die »gesellschaftliche Stimmung auf die Probe«, sondern sei auch »eine Probe für zeitgenössische Kunst im öffentlichen Raum« gewesen. Sie verwies somit auf den Status und Akzeptanz zeitgenössischer künstlerischer Ausdrucksformen. Für Wójcik stellte diese Probe ein »Augenblick des Kampfes« dar, da:

[...] das theoretische Publikum, also zufällige Passanten, um den Ort kämpfen. Das ist etwas, was durchgearbeitet werden muss. Es handelt sich dabei um Rechte von Bürgern, also die Frage danach, in welchem Moment, wann und wie wir darüber sprechen können, noch bevor solch ein Objekt sich im öffentlichen Raum befindet. In einem Raum, den später alle in Anspruch nehmen (Wójcik/Polskie Radio 2013 – Übers. J.R.).

Sinnlich-räumliche Interventionen, wozu künstlerische Handlungen gehören, die eine Präsenz illegitimer und tabuisierter Existenzweisen und Beziehungen herstellen bzw. ermöglichen, spielen in Polen eine große Rolle und sind als eine Form politischer Handlung zu betrachten. Die Installation des »Regenbogens« von Wójcik zeichnet sich durch Uneindeutigkeit und einen offenen Charakter aus, da er die Herstellung von Bedeutung durch Handlungen ermöglichte, in dem sich die Einzelnen in Beziehung zu den Objekten setzen, das Objekt selbst jedoch keine endgültige

43 Die »Lehrmäßige Note« ist eine offizielle und öffentliche Stellungnahme der *Römischen Glaubenskongregation*, in der Prinzipien und Richtlinien z.B. in Hinsicht der Auslegungen des Glaubens für konkrete weltliche Sachverhalte (z.B. das Verhältnis zur Abtreibung, zur Homosexualität, zum evangelischen Glauben usw.) formuliert werden.

44 Hinzu kommt, dass der offizielle katholische Diskurs sich auf einen internationalen Gegendiskurs bezieht. Dieser Gegendiskurs weist wiederum durch die Nutzung von Grundbegriffen wie Pluralität, Toleranz, Anti-Diskriminierung Ähnlichkeiten zu dem Diskurs in Polen auf, der unter anderem die Rechte von nicht-heterosexuellen Menschen einfordert.

Deutung festlegte. Für die Menschen, die sich positiv auf die Regenbogeninstallatlon bezogen, war Pluralität ein wichtiger Wert, den sie mit demokratischen Grundsätzen assoziierten. Die Gegner_innen des »Regenbogens« lehnten solch eine Pluralität ab und beanspruchten für die von ihnen bevorzugte Geschlechter- und Sexuallordnung einen hegemonialen Status, der alle anderen Lebensformen, und damit verbundenen räumlich-sinnlichen Ordnungen ausschließt.

Kunst, die sich im Feld der Politik der Ästhetik bewegt, arbeitet sowohl mit der Uneindeutigkeit als auch mit der ästhetischen Aufhebung von etablierten Sinnlichkeitsordnungen. Sie ist darauf angelegt, ihre Wirkung erst in der Interaktion zu entfalten. Räumliche Interventionen, die eine Abweichung in der Gestaltung einer tagtäglich reproduzierten gesellschaftlichen Ordnung herstellen, werden zum Gegenstand von Konflikten und Verhandlungen, in denen sich diverse Akteur_innen positionieren oder auch erst konstituieren – für oder gegen die Präsenz der Objekte, für oder gegen die Präsenz von Homosexualität als Teil des Gemeinsamen und des öffentlichen Raumes, für oder gegen eine – in Hinsicht auf Sexualität, sowie möglicher Liebes- und Lebensbeziehungen – plurale Gesellschaft. Gleichzeitig ermöglichen räumliche Interventionsformen wie der »Regenbogen« von Wójcik auch mikropolitische praktische Handlungen, die sich auf das Objekt beziehen und ihm eine Bedeutung verleihen. Erst die Intervention und die durch sie ausgelösten Reaktionen decken auf, dass heterosexuelle Liebes- und Familienbeziehungen als Norm und gesellschaftliche Ordnungsgrundlage für die Gemeinschaft bestehen und durch sie produzierte räumlichen Synthesen vorausgesetzt werden. Gleichsam stellt sich heraus, dass die Vorstellungen über die Grundkonstitution der polnischen Gemeinschaft in Konflikt, und, wie es in Anlehnung an Rancière formuliert werden könnte, die jeweiligen Vorstellungen über die Zusammensetzung und Aufteilung des Gemeinsamen und ihrer Anteile, in Widerspruch geraten. Gemäß recht-konservativer, religiös-fundamentalistischer und nationalkatholischer Vorstellungen ist das polnische Volk und der durch dieses Kollektiv reproduzierte Raum durch das relationale Prinzip der Heterosexualität. Prozesse der Reproduktion räumlich-sinnlicher Ordnung, wie die Platzierung von Objekten und im Allgemeinen der öffentliche Raum und die in diesem Zusammenhang stattfinden Interaktionen, beruhen auf einem Ausschluss von nicht-heterosexueller Relationalität und den daraus hervorgehenden (An-)Ordnungen.

In der Nacht vom 26. auf den 27. August 2015 wurde der Regenbogen endgültig abgebaut (Wierzbicki 2015). Er hatte die Wahrnehmung des Ortes insofern verändert, als dass er zumindest temporär eine andere sinnlich-räumliche Gestaltung erfahrbar machte. Der Platz des Erlösers wird voraussichtlich bei den Bewohner_innen Warschaus noch für lange Zeit Assoziationen mit dem Regenbogen hervorrufen. Mittels weiterer künstlerischer Interventionen wird die Erinnerung an die dort stattgefundenen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und die Präsenz von Vielfalt bis heute wachgehalten. Bspw. erleuchtete im Vorfeld der Parade der Gleichheit

(*Parada Równości*) im Juni 2018 am gleichen Ort der Regenbogen als Lichtillumination in Form eines Wasserholograms in voller Größe.⁴⁵

Zwischenresümee: Aufhebungen eines heterosexuellen Konsenses

Sowohl »Sollen sie uns doch sehen« (2003) von Karolina Breguła und »Regenbogen« (2010–2015) von Julita Wójcik lösten nach deren Platzierung, bzw. dem Versuch einer solchen Platzierung im öffentlichen Raum, eine breite gesellschaftliche Debatte und einen Streit darüber aus, ob nicht-heterosexuelle Beziehungen ein legitimer Bestandteil der polnischen Gesellschaft sind oder nicht, ob sie öffentlich dargestellt werden dürfen und als Teil des Gemeinsamen präsent sein dürfen oder nicht. Beide Kunstobjekte haben viele Reaktionen unterschiedlicher gesellschaftlicher Milieus hervorgebracht, die sich gegenüber den Interventionen positionierten. Sie hatten eine große Relevanz für den Anstoß von Debatten über Homosexualität in Polen und verschafften diesem Thema Raum und Sichtbarkeit.

Stellungnahmen zu den Veränderungen räumlicher Ordnungen fanden sowohl in Form von sprachlichen Äußerungen als auch in der Form von räumlichen Handlungen statt. Im Gegensatz dazu wirkte die Kampagne »Lasst uns das Friedenszeichen austauschen« (2016) vor allem in katholischen Kreisen, führte jedoch, obwohl hunderte Outdoor-Plakatwände in ganz Polen zu sehen waren, außerhalb dieser Kreise zu keiner Eskalation in den Auseinandersetzungen. Zumindest war es nicht zu einem mit den Reaktionen auf die Kampagne »Sollen sie uns doch sehen« (2003) vergleichbaren Aufsehen gekommen.

Insbesondere im Fall der Werbetafel-Kampagne mit den Fotos von Karolina Breguła, aber auch an der Installation »Regenbogen« von Julita Wójcik fällt auf, dass sich Coming-outs bzw. die Präsenz von nichtheterosexuellen Menschen bzw. Homosexualität auf anonymisierte Darstellungen und stellvertretende Objekte verlagern. Auf diese Weise wird die Legitimität der Präsenz in einem gemeinsamen Raum und ihre Existenz in der polnischen Gesellschaft nicht am Beispiel von konkreten, meist bekannten Menschen mit hohem sozialem Status ausgehandelt. Die Anonymisierung hat den Vorteil, dass Homosexualität nicht als individuelles Merkmal verhandelt wird. Stattdessen werden nicht-heterosexuelle Beziehungen eines Jedermanns, einer Jederfrau bzw. eines Beliebigen in Szene gesetzt, die schon längst Bestandteil der Gesellschaft sind.

Dass künstlerische Arbeiten Auseinandersetzungen auslösen, so wie es in dem Streit um die legitime Präsenz des »Regenbogens« von Julita Wójcik geschah, ist

45 Die Aktion wurde durch den Verein *Miłość nie wyklucza* (Liebe ist nicht ausschließend), die NGO *Wolontariat Równości* und den Eishersteller *Ben & Jerry's* organisiert.

in Polen nicht neu. Künstlerische Interventionen sind in diesem Land wegen ihrer großen Wirksamkeit und Reichweite als eine Form der politischen Aussage und Handlung zu betrachten. Wójciks Objekt ist nicht als geschlossenes Werk konzipiert, wodurch die Künstlerin unterschiedliche Deutungen ihrer Arbeit ermöglichte. Eine solche Unbestimmtheit in der Interpretation öffnet das Feld für mikropolitische, teilnehmende raumgestaltende Handlungen, die wiederum zeitweilige Veränderungen in der naturalisierten, heterosexuellen Raumproduktion zur Folge haben.

Im Gegensatz dazu hatte die Kampagne gegen Homophobie auf Grund ihres Anspruchs der höchstmöglichen Kompatibilität der Darstellungen mit bestimmten Vorstellungen von »Normalität« einen ausschließenden und normierenden Charakter, obgleich die Platzierung der Fotos auf städtischen Plakatwänden eine wirksame Intervention in eine hegemoniale relationale sinnliche (An-)Ordnung der Identitäten darstellte. Die Kampagne »Sollen sie uns doch sehen« hatte hingegen lediglich die Präsenz und Sichtbarkeit von Schwulen und Lesben im polnischen Alltag zum Ziel, wie die Organisator_innen in ihren Texten zu der Kampagne auch selbst erklärten. Im Gegensatz dazu fiel bei einem Statement zur Regenbogeninstallation von Julita Wójcik der Begriff LGBTQ. Zwischen den beiden Interventionen liegen fast 10 Jahre.

Auch wenn polnische schwul-lesbische Organisationen, wie Lambda oder die Kampagne gegen Homophobie Anfang 2000 von Zeit zu Zeit die Abkürzung LGBTQ nutzten, waren deren Aktivitäten kaum auf bisexuelle, transsexuelle, transgender oder queere Problematiken gerichtet. Dies änderte sich bis zum Jahr 2014 und danach sind viele eigenständige queere Initiativen entstanden. Auch in den primär schwul-lesbischen Organisationen wurde der Diskurs über Rechte von Menschen nicht-heterosexueller Orientierung in den letzten Jahren um weitere psycho-sexuelle Orientierungen und sexuelle »Identitäten« erweitert.⁴⁶

Im Jahr 2008 entstand die Gruppe Trans-Fuzja, in der sich hauptsächlich transsexuelle Frauen organisieren; 2011 wurde Anna Grodzka, eine der Initiator_innen von Trans-Fuzja ins polnische Parlament, den Sejm, gewählt. Anna Grodzka behauptete im Jahr 2011, sie/er sei eine von nur drei Transsexuellen, die es bis dahin auf der Welt in ein Parlament geschafft hätten (vgl. Wrzos-Lubaś/Grodzka/Gazeta

⁴⁶ Ich benutze hier die Sprache und Selbstbeschreibungen von LGBTQ-NGOs in Polen von 2016, möchte jedoch darauf hinweisen, dass sich der Sprachgebrauch gerade in diesem Feld kontinuierlich entwickelt, bzw. es immer wieder Auseinandersetzungen über die verwendeten Kategorien und Beschreibungen gibt. Die Verwendung der Abkürzung LBGTQ, statt LBGTQIA^{*} zeigt, dass zu diesem Zeitpunkt Intersexualität und Asexualität weiterhin Themen waren, die es nicht auf die Agenda geschafft hatten. Auch im globalen Vergleich gab es Mitte der 2000er Jahre verhältnismäßig wenig Organisationen, die solche Gruppen vertraten. Der Begriff »Queer« wird zudem häufig als Sammelbegriff betrachtet.

Krakowska 2011).⁴⁷ Ihre Anwesenheit im Sejm ist ein Beleg für einen enormen Wandel, den die polnische Gesellschaft in den letzten Jahren durchgemacht hat. Die öffentliche *Präsenz* einer sich als transsexuell bezeichnenden Person wäre im Jahr 2003, also zum Zeitpunkt der Kampagne »Sollen sie uns doch sehen«, noch undenkbar gewesen. Wie die Analyse von Joanna Mizielińska zeigt, befürworteten die meisten polnischen Medien im Jahr 2003 die öffentliche *Präsenz* und Sichtbarkeit von Homosexualität noch nicht. Bei der Berichterstattung über die Kampagne »Sollen sie uns doch sehen« sprachen sich die viele Mediensprecher_innen gegen die Kampagne und damit gegen die *Präsenz* und Sichtbarkeit von Homosexualität aus und beriefen sich dabei auf »natürliche« und »ewige Werte« (vgl. Mizielińska 2003: 113–135).

Im Jahr 2014 änderte sich der allgemeine Tenor in den Mainstream Medien deutlich. Die Berichterstattung wurde war weitaus differenzierter, wie es die Debatte um die Installation »Regenbogen« von Julita Wójcik aber auch andere Debatten um das Thema sexueller Diversität (vgl. Mizielińska/Stasińska 2013) zeigten. Der »Regenbogen« entwickelte sich aufgrund seiner Vieldeutigkeit und seines Charakters als offenes Kunstwerk zu einem räumlichen Objekt, zu dem sich nicht nur sich als LGBTQ* betitelte Menschen positiv in Beziehung setzten.

Die Kampagne »Lasst uns den Friedensgruß austauschen« im Jahr 2016 bezog sich vor allem auf die Gemeinschaft der Katholiken – die öffentliche *Präsenz* von LGBTQ*-Gläubigen und die Beziehung der LGBTQ*-Gläubigen und nicht-LGBTQ*-Gläubigen zueinander. Das *Gemeinsame* wurde durch die Zugehörigkeit zu einer Glaubensgemeinschaft (mitunter durch die Taufe und religiöse Praktiken), sowie die Gleichheit vor Gott hergestellt. Der Kampagne lag die Annahme zu Grunde, dass Polen ein katholisch geprägtes Land ist, und dass durch die Anpassung des Katholizismus eine gesamtgesellschaftliche Veränderung erreicht werden kann. Meine These ist hingegen, dass der enorme Aufruhr, den der Versuch der öffentlichen Zurschaustellung der Fotografien bzw. Plakatwände der Serie »Sollen sie uns doch sehen« und die Regenbogen-Installation verursachten, die Existenz eines hegemonialen *Konsenses* bezüglich der Ordnung des öffentlichen Raumes veranschaulichte. Es ist wichtig, in diesem Zusammenhang das Verhältnis von *Konsens* und *Dissens* differenziert zu betrachten. Die Kampagne »Sollen sie uns doch sehen« stellte eine Art *Dissens* bei der parallelen Reproduktion eines *Konsenses* dar. Während sie die normative Gender-Ordnung und andere Ordnungen bejahte, verneinte sie einen heterosexuellen *Konsens*.

47 In der gleichen Kadenz gab es zwei sich als schwul bezeichnende Abgeordnete – Robert Biedroń und Kristian Legierski. Auch bezeichnen sich einige Prominente, die schon seit vielen Jahren in den Medien präsent sind, als homosexuell, ohne jedoch ständig mit dem Thema Homosexualität in Verbindung gebracht zu werden.

Die Regenbogen-Installation zeigte sehr deutlich, dass binäre heterosexuelle Zugehörigkeitsordnungen in der Infrastruktur des gemeinsamen urbanen Raumes auf einem zentralen Platz in Warschau, auch bei einer kritisch hinterfragenden Intervention weiterhin vorherrschen und fortwähren: Heute gibt es die Regenbogeninstallation längst nicht mehr, die Kirche steht jedoch wie eh und je auf dem »Platz des Erlösers«. Gebäude der katholischen Kirche sowie andere religiöse Objekte, seien es Marienstatuen oder Kreuze, funktionieren als »natürliche« unangefochtene Bestandteile der räumlich-sinnlichen Ordnung der Hauptstadt und gehören zum Alltag. Im Kontrast dazu sind LGBTQ*-Raumkonstitutionen vereinzelte, kurzfristige und spektakuläre Ereignisse. Die Regenbogeninstallation wurde nicht als explizit »homosexuelles« Objekt auf dem Platz aufgestellt, sondern als ein solches Objekt interpretiert. Es handelte sich nicht um eine abgesicherte institutionalisierte räumliche (An-)Ordnung im Sinne Martina Löws. Jegliche Versuche, die *Präsenz* des Regenbogens als Teil der Stadt zu verstetigen, scheiterten bis dato. Urbane öffentliche Raumkonstitutionen, die nicht der heterosexuellen Norm entsprechen, haben weiterhin vorübergehenden Charakter, denn sie sind nicht institutionalisiert oder über Ressourcen abgesichert.

Abschließend lässt sich sagen, dass sämtliche hier besprochenen Beispiele Ausdruck von Konflikten rund um die *Präsenz* und der Sichtbarkeit nichtheterosexueller Beziehungen (bzw. von Menschen, die solche Beziehungen praktizieren) sind, und zugleich als Teil des rancierischen *Gemeinsamen* verstanden werden können. Sei es als Element eines öffentlich zugänglichen urbanen Raumes, oder/und als Bestandteil eines imaginären polnischen »Volkskörpers« oder einer Glaubensgemeinschaft. Anhand der Konflikte zeigt sich die sinnliche und räumliche Dimension identitärer Ordnungen. Der urbane öffentliche Raum ist ein Raum des *Gemeinsamen*, in den Interaktionen und diesen öffentlichen Raum (re)produziere Praktiken mitunter über die Relationalität von Gender-Zugehörigkeiten und Heteronormativität geregelt werden.

Ein wichtiger Aspekt, der sowohl beim »Regenbogen« von Julita Wójcik als auch bei der Plakatwand-Kampagne mit Bregułas Fotos auffällt, ist, dass die Verhandlungen über eine legitime *Präsenz* und Sichtbarkeit von öffentlichen nicht-heterosexuellen Lebensweisen als Bestandteil der polnischen Gesellschaft und eines gemeinsamen Raumes sich auf Objekte beziehen. Diese Objekte werden zum Bestandteil einer Politik des räumlichen Handelns, da sich Menschen zu den Objekten positionieren, sich in Relation zu ihnen setzen und Menschen und Objekte zu Räumen zusammenfassen. Dies ist insbesondere bei der künstlerischen Intervention des »Regenbogens« von Julita Wójcik ersichtlich.

Die Analysen zeigen, dass sich der Raum gemäß konkreten Logiken konstituiert. Diese Logiken setzen einen Rahmen, der Beziehungen von Menschen zueinander reglementiert, und diese Reglementierung beinhaltet Geschlecht als Kriterium. Zusätzlich zeigen die Analysen, dass Identitätskategorien selbst eine räumliche Di-

mension haben und sich räumlich konstituieren. In diesen sinnlichen Ordnungskonstrukten erweisen sich Sexual- und Gender-Ordnungen als *interdependent*.

Auch wenn die hier angeführten Beispiele nur einen Ausschnitt des diversen politischen Geschehens in Polen darstellen, sind sie prägnant und informieren darüber, was den seit vielen Jahren andauernden Auseinandersetzungen über angestrebte Gender-Ordnungen und legitime Sexualbeziehungen zugrunde liegt. Denkt man an das Ausmaß des Konflikts und der Debatten, die diese Interventionen verursacht haben, so wird deutlich, dass Pluralität hinsichtlich möglicher zwischenmenschlicher Beziehungen weiterhin nicht selbstverständlich ist. Dies zeigt sich u.a. in der sinnlichen und räumlichen Gestaltung und somit auch einer möglichen gleichberechtigten Teilhabe an einem tagtäglichen Leben der Gesellschaft. Die Tabuisierung und gesellschaftliche Delegitimierung von nichtheterosexuellen Beziehungen schränken die Möglichkeit der Konstitution von Raum ein, indem sie die/der Einzelne mit Objekten und anderen Menschen in Beziehung setzt.

Die alltäglichen Prozesse der Reproduktion räumlich-sinnlicher Ordnung in Polen unterliegen einem historischen Wandel. In dem Analysezeitraum ist die Häufung von Ereignissen auffällig, die Brüche in einen heterosexuellen *Konsens* einfügen und auf eine Vielfalt von Welten verweisen. Nichtsdestotrotz gehören heteronormative Raumpraktiken immer noch weitgehend zur Norm, wenn auch die *Präsenz* von schwulen, lesbischen und transsexuellen Menschen in der Bevölkerung in Polen kaum noch zu leugnen ist. Die Frage, ob die *Präsenz* legitim ist und sich in öffentlichen und sichtbaren Praktiken äußern darf, ist genauso weiterhin Gegenstand von heftigen Auseinandersetzungen, wie die, wie lange sie fortduern und ob sie institutionalisiert und durch Ressourcen unterstützt werden kann.